



AUFTRAGGEBER

Meichle & Mohr GmbH

PROJEKT

Nassabbau Phase II im Stadtwald Radolfzell

BETREFF

Antrag auf artenschutzrechtliche Ausnahme
gemäß §45 BNatSchG

Meichle & Mohr GmbH
Nassabbau Phase II im Stadtwald Radolfzell
Antrag auf artenschutzrechtliche Ausnahme gemäß §45
BNatSchG
Fassung vom XX.XX.XXXX

Auftraggeber: Meichle & Mohr GmbH
Steigwiesen 5
88090 Immenstaad

Auftragnehmer: EBERHARD LANDSCHAFTSARCHITEKTEN
UMWELT. LANDSCHAFT. FREIRAUM.
Inhaberin: Iris Kley-Diener
August-Borsig-Straße 13
78467 Konstanz

Projektleitung: Dipl.-Ing. (TU) Wolfgang Schettler
Tel.: +49 (0)7531 8129 - 15
schettler@eberhard-landschaftsarchitekten.de

Fachgutachter Dipl.-Biol. M. Bräunicke
Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung GmbH

Projekt-Nummer: 003-19

Das Dokument beinhaltet Angaben zu Grundstücks- bzw. Flurstücks Nummern zur Zeit der Planaufstellung. Diese können sich im Laufe der Jahre ändern. Es wird darauf hingewiesen, dass bei einer Änderung von Grundstücks- bzw. Flurstücks- Nummern der Lagebezug aufrecht erhalten bleibt und damit die Verbindlichkeit der beschriebenen Sachverhalte zu übertragen ist.

O:\Daten\003-19\5 Arbeitsdateien\5.2 Text\5.23
Vorl_Fsg\Ausnahmen\003_Antrag_Ausnahme_ergänzt_ATP.docx

Inhalt

1. Anlass und Aufgabenstellung	1
1.1 Anlass	1
1.2 Aufgabenstellung	1
2. Antrag	5
3. Vertiefende Ausführungen zu den betroffenen Arten	6
3.1 Haselmaus	6
3.1.1 Lebensraumansprüche und Verbreitung in Baden-Württemberg	6
3.1.2 Verbreitung im Untersuchungsraum	6
3.1.3 Abgrenzung der lokalen Population und Bewertung des Erhaltungszustandes	6
3.1.4 Betroffenheit und artenschutzrechtliche Bewertung	7
3.1.5 Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Kompensation	7
3.2 Amphibien	8
3.2.1 Lebensraumansprüche und Verbreitung in Baden-Württemberg	8
3.2.2 Verbreitung im Untersuchungsraum	10
3.2.3 Abgrenzung der lokalen Population und Bewertung des Erhaltungszustandes	11
3.2.4 Betroffenheit und artenschutzrechtliche Bewertung	11
3.2.5 Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Kompensation	12
3.3 Reptilien	12
3.3.1 Lebensraumansprüche und Verbreitung in Baden-Württemberg	12
3.3.2 Verbreitung im Untersuchungsraum	13
3.3.3 Abgrenzung der lokalen Population und Bewertung des Erhaltungszustandes	14
3.3.4 Betroffenheit und artenschutzrechtliche Bewertung	14
3.3.5 Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Kompensation	14
3.4 Fachbauleitung, Monitoring und Plausibilisierung	15
4. Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen	16
4.1 Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses	16
4.2 Fehlen zumutbarer Alternativen	16
4.3 Keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes	17
5. Fazit	17
6. Quellen und Rechtsgrundlagen	18
7. Anlagen	20

Abbildungen

Abb. 1: Lage des Erweiterungsgebietes	3
Abb. 2: Abgrenzung des Untersuchungsgebiets Fauna mit den Teilgebieten A, B und C und eines daran anschließenden 200 m Puffers. (aus Bräunicke, M. (2023)) mit Darstellung der Phase II des Nassabbaus.....	4

Anlagen

- I. Formblatt Haselmaus
- II. Formblatt Amphibien
- III. Formblatt Reptilien
 - 1. Zauneidechse
 - 2. Schlingnatter
- IV. Artenschutzrechtliche Maßnahmen

1. Anlass und Aufgabenstellung

1.1 Anlass

Im Bereich des Stadtwaldes Radolfzell bestehen große nutzbare Rohstoffvorkommen von sehr guter Qualität. Diese werden seit Jahrzehnten abgebaut. Im Jahr 2009 wurde mit dem Nassabbau des Kieses begonnen, um auch den grundwassererfüllten Kiesrohstoff möglichst optimal zu nutzen und dadurch gleichzeitig den Flächenbedarf für den Abbau zu reduzieren. Da die Kiese im bisher genehmigten Abbaubereich der Phase I weitgehend abgebaut sind, plant die Firma Meichle + Mohr GmbH den Nassabbau in der Phase II nach Nordwesten fortzusetzen, wo weitere Kiese in sehr guter Qualität und großer Mächtigkeit lagern (s. Abb. 1). Auf dem überwiegenden Teil dieser Fläche wurde der Kies bereits im Trockenabbau bis auf eine Geländehöhe von im Mittel 420 bis 421 m ü. NN abgebaut.

Die Planung für die Abbauerweiterung (Abbauphase II) wird aus dem Gesamtkonzept zum Nassabbau im Radolfzeller Stadtwald aus dem Jahre 2009 weiterentwickelt.

Die Größe des Vorhabengebietes der Phase II beträgt rd. 23,7 ha.

1.2 Aufgabenstellung

Artenschutzrechtliche Prüfung

Im Zusammenhang mit dem geplanten Abbauvorhaben wird mit Bezug § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung erforderlich. Hierbei ist zu ermitteln, ob der in welcher Weise artenschutzrechtliche Verbote berührt werden. Der Vorhabenträger hat sicherzustellen, dass bei zu erwartenden Beeinträchtigungen, die nach artenschutzrechtlichen Vorschriften verboten wären, hierfür eine Ausnahme möglich ist bzw. muss eine solche beantragen.

Relevant sind europarechtlich geschützte Arten. Hierzu zählen alle europäischen Vogelarten sowie alle Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie.

Betroffene Arten und Artengruppen

Grundlage des Antrages bildet der vorliegende faunistische Fachbeitrag (Bräunicke 2023, s. Unterlage 5). Das hinsichtlich artenschutzrechtlich relevanter Tierarten untersuchte Gebiet umfasst insgesamt rd. 75 ha, wobei neben den o. g. Teilgebieten noch ein 200 m breiter Pufferstreifen zu angrenzenden Waldflächen mit untersucht wurde (vgl. **Abbildung 22**). Insbesondere für die weitgehend noch offenen Bereiche des ehemaligen Trockenabbaus liegen aktuelle Daten aus einem langjährigen Monitoring zu ausgewählten Arten/-gruppen vor (z. B. zu Amphibien, Flussregenpfeifer). Zudem wurde 2019 eine Untersuchung zu Haselmausvorkommen im Raum

durchgeführt, bei der auch Teilbereiche des Untersuchungsgebietes beprobt wurden (s. Straub und Trautner 2019). Nach dem aktuellen Fachbeitrag (s. Unterlage 5) bestehen im Bereich der geplanten Erweiterung des Kiesabbaus die folgenden Vorkommen relevanter Arten/-gruppen:

- Brutvögel
- Fledermäuse
- Haselmaus
- Amphibien: Gelbbauchunke, Kreuzkröte, Laubfrosch, Springfrosch
- Reptilien: Zauneidechse, Schlingnatter

Auswirkungen des Geplanten Vorha- bens

Bei den europäischen Vogelarten und den Fledermausarten können Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 – 3 BNatSchG unter Berücksichtigung bestimmter, in Unterlage 1.1 beschriebener Vermeidungs- und funktionserhaltender Maßnahmen vermieden werden.

Bei der Haselmaus, der Gelbbauchunke, der Kreuzkröte, dem Laubfrosch, dem Springfrosch sowie der Zauneidechse und der Schlingnatter ist dagegen eine Vermeidung von Verbotstatbeständen trotz der in Unterlage 1.1 dargestellten Vermeidungs- und funktionserhaltenden Maßnahmen nach der Prüfung nicht bzw. nicht vollständig möglich.

Daher wird für die Vorhabenrealisierung die Erteilung einer artenschutzrechtlichen Ausnahme erforderlich, auf die sich der vorliegende Antrag mit Begründungen bezieht.

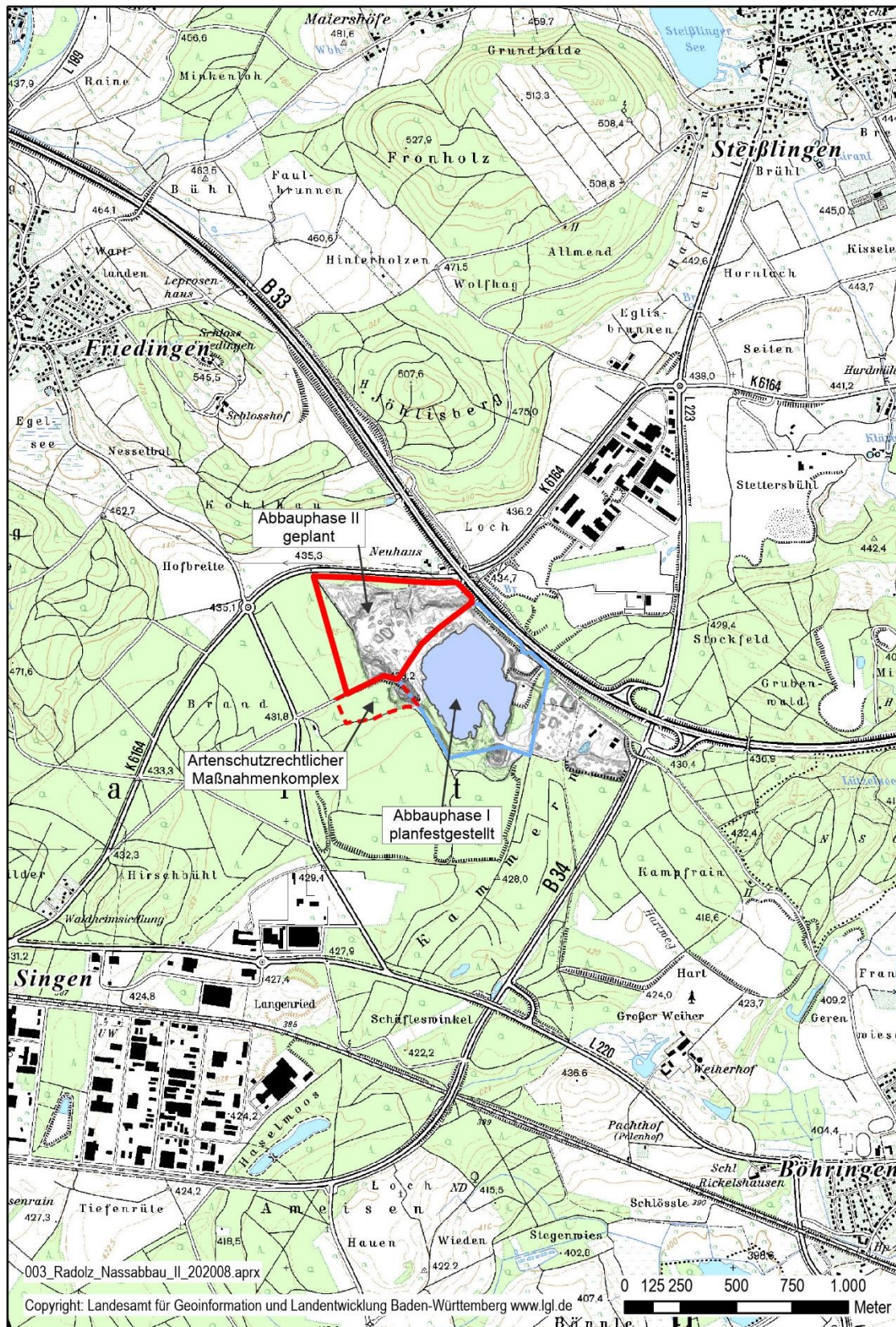


Abb. 1: Lage des Erweiterungsgebietes



Abbildung 2: Abgrenzung des Untersuchungsgebiets Fauna mit den Teilgebieten A, B und C und eines daran anschließenden 200 m Puffers. (aus Bräunicke, M. (2023)) mit Darstellung der Phase II des Nassabbaus

2. Antrag

Im Zusammenhang mit dem unter Punkt 1.1 genannten Abbauvorhaben wird der Antrag auf artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 5 BNatSchG gestellt:

Beantragt wird eine Ausnahme von den Verboten des § 44 Abs. Nr. 1 und Nr. 3 BNatSchG (in Verbindung mit den europarechtlichen Vorgaben).

Der Antrag bezieht sich auf die in Folge der bei Vorhabensrealisierung notwendigen Baufeldfreimachungen bzw. Rodungen sowie der im Rahmen des Abbaus zu erwartenden bzw. nicht auszuschließenden Tatbestände der:

- Zerstörung oder Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten
- Tötung oder Verletzung von Individuen

der Haselmaus, der Gelbbauchunke, der Kreuzkröte, des Laubfrosches, des Springfrosches sowie der Zauneidechse und der Schlingnatter

Für diese Arten ist die Verwirklichung der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 auf Basis des artenschutzfachlichen Beitrages zu erwarten. Nachfolgend werden

- die Verbotstatbestände bei den betroffenen Arten/Artengruppen vertiefend behandelt,
- das vorgesehene Maßnahmenkonzept zur Wahrung des Erhaltungszustandes der jeweiligen Arten/Artengruppen dargestellt (Anlage IV) und
- die Ergebnisse der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) auf Grundlage der amtlichen Formblätter dokumentiert (Anlage I – III).

Bei den übrigen betroffenen Arten/Artengruppen (Vögel, Fledermäuse, Nachtkerzenschwärmer) wird nach fachgutachterlicher Einschätzung davon ausgegangen, dass artenschutzrechtliche Verbotstatbestände durch vorgezogen durchzuführende Maßnahmen (CEF) vermieden werden können.

3. Vertiefende Ausführungen zu den betroffenen Arten

3.1 Haselmaus

3.1.1 Lebensraumsansprüche und Verbreitung in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg ist die Haselmaus zwar nahezu flächendeckend verbreitet (Schlund 2005), nach der Roten Liste (Braun 2003) ist allerdings eine 'Gefährdung anzunehmen' (Kategorie G). Die Haselmaus bewohnt „Baumkronen beinahe aller Waldgesellschaften, von reinen Fichtenwäldern bis zu Auwäldern. Bevorzugt werden aber lichte, möglichst sonnige Laubmischwälder. Außerdem besiedelt sie auch Parkanlagen, Obstgärten sowie Feldhecken und Gebüsche im Brachland“ (Schlund 2005). Sie ernährt sich überwiegend vegetabilisch von Blüten, Beeren, Körnern und Nüssen. Vorteilhaft ist zudem ein hoher Verbuschungsgrad, der es den Tieren ermöglicht, die je nach Saison genutzten Nahrungspflanzen zu erreichen, ohne dabei (größere) Freiflächen auf dem Boden überwinden zu müssen.

3.1.2 Verbreitung im Untersuchungsraum

Die Haselmaus wurde im Rahmen der 2019 durchgeführten Studie, die einen größeren Raum abdeckte, an mehreren Stellen im Untersuchungsgebiet und unmittelbar angrenzend nachgewiesen. Insgesamt ist von einer weiteren Verbreitung insbesondere entlang der oberen Abbaukanten mit Gebüschvegetation (Teilgebiet A) sowie in den westlich angrenzenden Wäldern und hier v. a. in aufgelichteten Bereichen auszugehen.

3.1.3 Abgrenzung der lokalen Population und Bewertung des Erhaltungszustandes

Die lokale Population der Art ist nicht auf die Antragsflächen beschränkt. Als Bezugsraum der „lokalen Population“ sind alle Waldflächen und größeren Gehölzbestände einzustufen, die in einem mit den Antragsflächen zusammenhängenden, nicht durch verkehrsstärkere Straßen getrennten Umfeld liegen. Dies sind vor allem die Waldbestände, die sich westlich und südlich der Vorhabenfläche anschließen.

Die Art befindet sich in Baden-Württemberg in einem unbekannten Erhaltungszustand (Bewertung LUBW). Bundesweit wird von einem ungünstigen bis unzureichenden ausgegangen (Bewertung BfN), wobei dies nach eigenem Erfahrungs- und Einschätzungsstand nicht auf Baden-Württemberg zu übertragen ist. Jedenfalls in Naturräumen, in denen die Art gut verbreitet ist (hierzu zählt der Bodenseeraum), ist von einem günstigen Erhaltungszustand auszugehen. Von einem solchen wird auch für die lokale Population des Gebiets ausgegangen (größere Wald- und Gehölzflächen).

3.1.4

Betroffenheit und artenschutzrechtliche Bewertung

Das geplante Vorhaben verursacht die folgenden Beeinträchtigungen der Art:

- Verlust von (potentiellen) Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG) im Umfang von ca. 8 ha. Der Habitatverlust ist auf Grund der erforderlichen Struktur (Alter, Nahrungsangebot etc. der Gehölze) nicht kurzfristig und im entsprechend § 44 Abs. 5 BNatSchG geforderten räumlichen Zusammenhang herstellbar, so dass die Möglichkeit des Funktionserhalts des § 44 Abs. 5 entfällt.
- Gefährdung von Individuen durch den Abbaubetrieb, insbesondere durch die Ausstockung des Wald- und Gehölzbestandes sowie den Bodenabtrag bei der Abbauvorbereitung. Durch eine zeitversetzte Rodung der Flächen (nach erfolgter Baumfällung im Winter) zu Beginn der Aktivitätsphase der Art (etwa ab Ende April) kann zumindest eine Minderung von Individuenverlusten erreicht werden. Trotzdem wird aus fachgutachterlicher Sicht davon ausgegangen, dass ein signifikant erhöhtes Verletzungs- und Tötungsrisiko im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG eintritt, da bei der Haselmaus kein völlig unkritischer Zeitpunkt besteht, der eine weitgehende Tötungsvermeidung bei den Rodungen und Erdarbeiten zur Vorbereitung des Abbaus gewährleistet.

3.1.5

Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Kompensation

Das geplante Maßnahmenkonzept (s. Unterlage 1.1) umfasst die folgenden Vorkehrungen und Maßnahmen zum Individuenschutz sowie zur Wiederherstellung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten für die Haselmaus:

- Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen:
 - Freimachung der geplanten Abbauflächen und der für den Offenlandkomplex auszustockenden Aufforstung außerhalb der Vegetationsperiode im Zeitraum Oktober bis Februar zur Vermeidung/Minderung von Individuenverlusten; Entfernen der Wurzelstöcke erst im anschließenden Frühjahr (ca. ab Ende April) zur Aktivitätszeit der Haselmaus (Maßnahme 3V, Anlage IV),
- Kompensatorische Maßnahmen (FCS):
 - Bepflanzung des Walls: entlang der K 6164 und des oberen Drittels der Böschung am Nordufer des Kieselsees mit einem höheren Anteil an nuß- und beerenstragenden Sträuchern (Maßnahme 15_{AFCs}, Anlage IV)
 - Aufforsten der Schlammbecken östlich des Kieselsees der Phase I; auf etwa 20 % der Fläche Waldentwicklung über Sukzession ggf. mit lockerer Initialpflanzung (Maßnahme 7.1_{AFCs} und 7.2_{AFCs}, Anlage IV).

3.2 Amphibien

3.2.1 Lebensraumsansprüche und Verbreitung in Baden-Württemberg

Gelbbauchunke

Die Primärlebensräume der Art lagen vermutlich vor allem in hochdynamischen Überschwemmungsbereichen der Bach- und Flussauen (Cayuela und Cheylan 2011), die heute in Mitteleuropa nicht mehr existieren. Ferner dürften Bereiche mit hydromorphen Standorten und quellige Bergrutschgebiete wichtige Siedlungsgebiete gewesen sein, insbesondere wenn sie unter dem Einfluss großer Pflanzenfresser gestanden haben (Suhlen von Wisent, Rothirsch, Wildschwein). Heute besiedelt die Art in Baden-Württemberg überwiegend größere Waldgebiete mit zu Verdichtung neigenden Lehm- und Tonböden, auf denen im Rahmen der Holzernte Wasser gefüllte Radspuren entstehen. Daneben spielen Abbaugelände, Deponien und militärische Liegenschaften mit entsprechenden Störungsregimes eine sehr wichtige Rolle.

Gelbbauchunken sind hochspezialisierte Pionierlaicher. Die prädatationsanfälligen Larven können sich nur in frisch entstandenen Rohbodentümpeln sowie in ephemeren Gewässern mit ausreichend langer Wasserführung erfolgreich entwickeln. Wesentlich ist zudem eine Mindestbesonnung der Laichplätze von ca. 5 – 6 h/Tag (Böhler et. al 2015). Der Aktionsradius beträgt 400-700 m bei adulten Unken und ca. 900 m bei Jungtieren. (Rzehak 1984 zit. in Genthner und Hölzinger 2007).

Kreuzkröte

Die atlantomediterrane Art besitzt ein verhältnismäßig kleines, auf Teile West- und Mitteleuropas begrenztes Gesamtareal. Weil Deutschland daran einen größeren Anteil hat, besteht bundesweit eine starke Verantwortlichkeit für den weltweiten Bestandserhalt (Steinicke et al. 2002). In Baden-Württemberg ist die Kreuzkröte bereits seit längerer Zeit als stark gefährdet eingestuft (Laufer 2007; Laufer und Waitzmann 2022), während sie bundesweit diesen Status erst seit Erscheinen der neuen Roten Liste innehat (Rote-Liste-Gremium Amphibien und Reptilien 2020a). Für die kontinentale biogeografische Region wird ihr Erhaltungszustand durch das Bundesamt für Naturschutz als "ungünstig bis schlecht" eingestuft, der Gesamttrend als „sich verschlechternd“ (BfN 2019a). Im Zielartenkonzept Baden-Württemberg (MLR und LUBW 2009) ist die Kreuzkröte eine „Landesart“ (Gruppe B). Gleichzeitig hat sie dort den Status einer „Zielorientierten Indikatorart“, für die eine deutliche Ausweitung des landesweiten Bestandes anzustreben sei.

Die Kreuzkröte ist ein hochspezialisierter Rohbodenpionier. Ihre ursprünglichen Lebensräume lagen in dynamischen Küsten- und Wildflusslandschaften, die heute weitgehend zerstört sind. In der heutigen Kulturlandschaft beschränken sich die Vorkommen auf militärische

Übungsplätze und Abbaugelände, in denen geeignete Habitatstrukturen im Zuge der Nutzungsdynamik entstehen. Zur Fortpflanzung ist die Kreuzkröte auf größere, uneingeschränkt besonnte Rohbodenpfützen oder flache Überschwemmungsgewässer angewiesen. Diese müssen nach dem Abbläuen für mindestens vier, besser für 6-12 Wochen kontinuierlich Wasser führen, um den Larven die Metamorphose zu ermöglichen. Auch die Landlebensräume sind nur spärlich bewachsen und meist von Rohböden dominiert. Außerhalb der Fortpflanzungsperiode sind Pionierfluren von Sand- und Kiesabbauflächen, Abraumhalden von Steinbrüchen, Ruderalfluren auf Erddeponien und kurzrasig-lückige Magerrasen typische Fundorte.

Laubfrosch

Landesweit und bundesweit ist die Art als gefährdet eingestuft (Laufer und Waitzmann 2022, Rote-Liste-Gremium Amphibien und Reptilien 2020a). Für die kontinentale biogeografische Region wird sein Erhaltungszustand durch das Bundesamt für Naturschutz als "ungünstig bis unzureichend" eingestuft, der Gesamttrend als „sich verschlechternd“ (BfN 2019a). Im Zielartenkonzept Baden-Württemberg (MLR und LUBW 2009) ist der Laubfrosch eine „Landesart“ (Gruppe B). Gleichzeitig hat er dort den Status einer „Zielorientierten Indikatorart“, für die eine deutliche Ausweitung des landesweiten Bestandes anzustreben sei.

Laubfrösche benötigen zur Reproduktion gut besonnte Stehgewässer, die sich zur Zeit der Larvenentwicklung (Mai-Juli) stark erwärmen. Ein Schlüsselfaktor ist zudem das Fehlen von Fischen (z. B. Große 2009). Typische Laichplätze sind zum einen Gewässer mit Pioniercharakter, wie temporär Wasser führende Überschwemmungsbereiche in Auen oder vegetationsarme Rohbodentümpel in Abbaugeländen. Zum anderen werden auch vegetationsreichere Weiher und Teiche besiedelt, soweit diese fischfrei und „warm“ sind (z. B. Laufer et al. 2007). Gemieden werden beschattete Gewässer und solche mit dichter Schwimmblattvegetation (Clausnitzer 1996). Die Art verfügt über gute Pioniereigenschaften: „Gerne besiedeln Laubfrösche neu entstandene Gewässer in einem frühen Sukzessionsstadium.“ (ebd.). Mehr noch als andere Amphibienarten ist der langfristige Fortbestand beim Laubfrosch von Verbundsystemen aus mehreren geeigneten Laichplätzen abhängig, die den Aufbau so genannter „Metapopulationen“ ermöglichen. Zwischen den Laichplätzen müssen als Landhabitat nutzbare Biotope verfügbar sein (Brachen, Grabensäume, Rubus-Gestrüppe, Röhrichte, Ruderal- und Schlagfluren, Gebüsch etc.), die nicht durch Verkehrswege oder Siedlungen zerschnitten sind. Der durchschnittliche Radius des Jahreslebensraums beträgt etwa 600 m (Blab 1986 zit. in Laufer et al. 2007).

Springfrosch

In der landesweiten Roten Liste wird die Art als ungefährdet geführt, bundesweit steht er lediglich auf der Vorwarnliste (Laufer und Waitzmann

2022, Rote-Liste-Gremium Amphibien und Reptilien 2020a). Im Zielartenkonzept Baden-Württemberg (MLR und LUBW 2009) ist der Springfrosch als sogenannte „Naturraumart“ eingestuft. Für die kontinentale biogeographische Region ist der Erhaltungszustand des Springfrosches als „günstig“ eingestuft, der Gesamttrend als „stabil“ (BfN 2019a).

Der Springfrosch ist ein Waldbewohner der wärmebegünstigten Naturräume. Zur Reproduktion nutzt er mäßig bis gut besonnte, fischfreie und nicht allzu flache Teiche, Weiher und Tümpel innerhalb oder in der näheren Umgebung von Wald bevorzugt. Außerhalb der Laichperiode entfernen sich Springfrösche regelmäßig bis zu einem Kilometer von ihren Fortpflanzungsgewässern (Blab 1986), dispergierende (Jung-)Tiere auch deutlich weiter. Während des Sommers halten sich Springfrösche gerne auf Lichtungen und Schneisen, aber auch in relativ unterwuchersamen Eichen- oder Rotbuchen-Hochwäldern auf. Stark nadelholzdominierte Wälder werden dagegen nur besiedelt, wenn sie mit Lichtungen durchsetzt sind. Die Überwinterung erfolgt ausschließlich an Land.

3.2.2

Verbreitung im Untersuchungsraum

Gelbbauchunke

Von der Gelbbauchunke konnten nur wenige Alt- und Jungtiere im Untersuchungsgebiet festgestellt werden. Dies dürfte primär auf das sehr begrenzte Laichgewässerangebot mit ausreichend langer Wasserführung zurückzuführen sein. So konnten in den Jahren 2020/21 nur zwei Laichgewässer(komplexe) nachgewiesen werden, in denen sich die Art erfolgreich fortpflanzen konnte: Eines davon im Südteil des Teilgebiets A und eines im Bereich einer Auflichtung in Teilgebiet B. Die kleine Population wird auf maximal 20 Alttiere geschätzt (Karte 5 im Fachbeitrag Unterlage 5).

Kreuzkröte

Im Untersuchungsgebiet besiedelt die Kreuzkröte nahezu ausschließlich den Bereich des ehemaligen Trockenabbaus (Teilgebiet A). Laichschnüre und Larven fanden sich dort 2020 in 6, 2021 in 8 Rohbodengewässern. Eine erfolgreiche Reproduktion konnte im Rahmen stichprobenartiger Kontrollen im Jahr 2021 an 3 Gewässern nachgewiesen werden. Die geringe Anzahl an festgestellten Laichschnüren deutet auf eine aktuell nur noch kleine (bis maximal mittelgroße) Laichpopulation hin (etwa 50 – 150 Alttiere) (Karte 5 im Fachbeitrag Unterlage 5).

Laubfrosch

Rufende Laubfrosch-Männchen wurden im Untersuchungsjahr 2021 an insgesamt 6 Gewässern im Bereich des ehemaligen Trockenabbaus (Teilgebiet A) festgestellt. Hierbei handelte es sich jedoch zumeist um Einzeltiere oder kleine Rufergruppen aus maximal 5 Männchen. Eine

Reproduktion kann jedoch nur für eines der Gewässer angenommen werden (südlichster Laubfrosch-Nachweis in Karte 5 des Fachbeitrages Unterlage 5). Insgesamt ist beim Laubfrosch nur von einer kleinen Population auszugehen mit maximal 50 Alttieren.

Springfrosch

Der Springfrosch besiedelt das Untersuchungsgebiet nur in kleinen bis sehr kleinen Laich-Populationen. Nachweise von Laichballen (max. 6 Laichballen) und/ oder Larven lagen in den Jahren 2020/21 lediglich aus zwei Gewässern vor: Südteil Teilgebiet A und im südlich gelegenen Pufferbereich. Ein größeres Vorkommen liegt ca. 400 m südlich des Pufferbereichs (Karte 5 im Fachbeitrag Unterlage 5).

3.2.3

Abgrenzung der lokalen Population und Bewertung des Erhaltungszustandes

Sowohl Kreuzkröte, als auch Gelbbauchunke konnten sich in wenigen Gewässern v. a. im Westteil des ehemaligen Trockenabbaus (Teilgebiet A) und im Fall der Gelbbauchunke auch in einer wassergefüllten Radspur im Bereich einer Auflichtung in Teilgebiet B erfolgreich fortpflanzen.

Für Laub- und Springfrosch liegen zwar keine konkreten Beobachtungen von Jungtieren vor, jedoch ist auch bei diesen Arten eine erfolgreiche Entwicklung in dem im Süden des Teilgebiets A gelegenen Gewässer anzunehmen, da der dort gelegene, größere Tümpel vergleichsweise lange Wasser führend war.

Von den im Gebiet nachgewiesenen Amphibienarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie konnten jeweils nur kleine, im Fall der Kreuzkröte auch maximal mittelgroße (Teil-)Populationen nachgewiesen werden.

Die lokalen Populationen von Kreuzkröte und Laubfrosch sind weitgehend auf die Antragsflächen beschränkt. Gelbbauchunke und Springfrosch nutzen darüber hinaus auch noch die angrenzenden Waldflächen innerhalb des von Straßen begrenzten Raums. Allerdings tritt die Gelbbauchunke auch hier nur in geringer Individuenzahl auf.

Der Erhaltungszustand der lokalen Populationen von Kreuzkröte, Laubfrosch und Gelbbauchunke wird als ungünstig bis schlecht beurteilt, der des Springfroschs noch als günstig, da die Art im Südteil des Bezugsraums für die lokale Population noch in mehreren Gewässern gute Laichvorkommen aufweist.

3.2.4

Betroffenheit und artenschutzrechtliche Bewertung

Nach der fachgutachterlichen Beurteilung ist hinsichtlich der Amphibienarten davon auszugehen, dass bei den Arten vorhabenbedingt ein Verstoß gegen die Verbote nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 sowie Nr. 3 BNatSchG nicht zu

vermeiden ist. Bei den Arten lassen sich Individuenverluste infolge des Abbaubetriebes auch im Rahmen der vorgesehenen ökologischen Baubegleitung allenfalls verringern, aber nicht verhindern.

3.2.5

Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Kompensation

Das geplante Maßnahmenkonzept (s. Unterlage 1.1) umfasst die folgenden Vorkehrungen und Maßnahmen zum Individuenschutz sowie zur Wiederherstellung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten für die vom geplanten Vorhaben betroffenen Amphibienarten:

- Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen:
 - Sicherung der vorhandenen Laichgewässer (gemäß der Maßnahme 9.2V, Anlage IV) bis die Ersatzgewässer im Offenlandkomplex (gemäß Maßnahme 4.1A_{FCS}, Anlage IV) funktionsfähig und besiedelt sind,
- Kompensatorische Maßnahmen (FCS):
 - Anlage von ca. 10 größeren, überwiegend flachen Laichgewässern mit Rohbodencharakter auf stark verdichtetem Standort (gemäß Maßnahme 4.1A_{FCS}, Anlage IV),
 - Turnusmäßige Neuanlage der flachen Amphibienlaichgewässer im maximal zweijährigen Abstand nach Maßgabe des artenschutzfachlichen Monitorings (gemäß Maßnahme 14.1_{FCS}, Anlage IV)

3.3

Reptilien

3.3.1

Lebensraumsprüche und Verbreitung in Baden-Württemberg

Zauneidechse

Die Art ist in Baden-Württemberg gefährdet (Laufer und Waitzmann 2022). Im Informationssystem Zielartenkonzept Baden-Württemberg ist sie als so genannte „Naturraumart“ eingestuft (MLR und LUBW 2009). Für die kontinentale biogeographische Region wird der Erhaltungszustand der Zauneidechse vom Bundesamt für Naturschutz insgesamt als „ungünstig bis unzureichend“ und „sich verschlechternd“ bewertet (BfN 2019b).

Lebensräume der Art sind stets durch eine enge Verzahnung geeigneter Sonnplätze mit Deckung bietenden Strukturen bei insgesamt guter Besonnung gekennzeichnet. Regelmäßig findet man Zauneidechsen an gut besonnten Stufenrainen, Bahn- und Straßenböschungen, auf strukturreichen Magerrasen, entlang besonnener Gehölzränder, auf Ruderalstandorten bereits fortgeschrittener Sukzessionsstadien und auf

trockenen Brachen. Nur in den wärmeren Naturräumen werden auch Waldlichtungen besiedelt.

Schlingnatter

Bundesweit und in Baden-Württemberg ist die Art als gefährdet eingestuft (Rote-Liste-Gremium Amphibien und Reptilien 2020b, Laufer und Waitzmann 2022). Im Informationssystem Zielartenkonzept (MLR und LUBW 2009) wird sie als sogenannte „Naturraumart“ geführt. Das Bundesamt für Naturschutz stuft ihren Erhaltungszustand für die kontinentale biogeographische Region als „ungünstig bis unzureichend“ und „sich verschlechternd“ ein (BfN 2019b).

Die Lebensräume ähneln jenen der Zauneidechse (s. o.), die im Untersuchungsgebiet zu den Hauptbeutetieren der Schlingnatter zählen dürfte.

Auch für diese Art ist das Nebeneinander geeigneter Sonnplätze und Deckung bietender Strukturen von großer Bedeutung. Typische Schlingnatterhabitate sind strukturreiche Magerrasen einschließlich noch unbewaldeter Sukzessionsstadien, aufgelassene Steinbrüche und Bahnböschungen (s. Waitzmann und Zimmermann 2007 u. a.). Letzteren kommt zudem eine wichtige Funktion als Ausbreitungskorridore zu. Wälder werden von Dispergenten zwar gelegentlich durchquert, haben aber unter heutigen Landnutzungsbedingungen kaum Bedeutung als Habitat, weil offene, sich stärker erwärmende Freiflächen kaum vorhanden sind.

3.3.2

Verbreitung im Untersuchungsraum

Zauneidechse

Von der Zauneidechse wurden neben Alttieren sowohl subadulte Tiere als auch „Schlüpflinge“ nachgewiesen, was eine erfolgreiche Reproduktion im Jahr 2019 und 2020 belegt. Maximal wurden bei einer Begehung 88 Zauneidechsen festgestellt, davon maximal 28 Alttiere/Subadulte und maximal 72 Schlüpflinge. Diese Werte können allerdings nicht als absolute „Bestandsgröße“ gesehen werden, die tatsächlichen Zahlen liegen erfahrungsgemäß deutlich höher. Auf Basis der vorhandenen Daten und Habitatstrukturen wird für dieses Vorkommen von einem großen Bestand in der Größenordnung von bis zu 500 Individuen, möglicherweise auch bis zu 750 Individuen ausgegangen. Die abgegrenzte Habitatfläche, bei der es sich schwerpunktmäßig um die noch offenen Randstrukturen des ehemaligen Trockenabbaus handelt, umfasst rd. 5 ha.

Schlingnatter

Von der Schlingnatter wurde ein adultes Individuum am Nordostrand des Teilgebiets A nachgewiesen.

3.3.3 Abgrenzung der lokalen Population und Bewertung des Erhaltungszustandes

Die lokalen Populationen beider Arten sind nicht auf die Antragsflächen beschränkt. Hinzuzuzählen sind noch südlich und südöstlich direkt angrenzende Offenlandflächen und Gehölzränder, wobei die Vorkommensschwerpunkte beider Arten innerhalb des Antragsgebiets liegen. Im Fall der Schlingnatter ist der Bezugsraum der lokalen Population noch weiter zu fassen. Dieser erstreckt sich jeweils bis zum umgebenden Straßennetz. Zur lokalen Population sind demnach auch Vorkommen im Bereich der westlich des Werksgeländes gelegenen Nagelfluhhäufen zu rechnen.

Der Erhaltungszustand der lokalen Population der Zauneidechse wird auf Datenbasis der 2020 durchgeführten Erhebungen aufgrund der zahlreichen Nachweise als günstig eingestuft, der der Schlingnatter aufgrund der wenigen Nachweise als ungünstig-unzureichend.

3.3.4 Betroffenheit und artenschutzrechtliche Bewertung

Das geplante Vorhaben verursacht die folgenden Beeinträchtigungen der Arten:

- Verlust von (potentiellen) Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG) im Umfang von ca. 5 ha. Der Habitatverlust ist auf Grund der erforderlichen Struktur (Alter, Nahrungsangebot etc. der Gehölze) nicht kurzfristig und im entsprechend § 44 Abs. 5 BNatSchG geforderten räumlichen Zusammenhang herstellbar, so dass die Möglichkeit des Funktionserhalt des § 44 Abs. 5 entfällt.
- Gefährdung von Individuen durch den Abbaubetrieb, insbesondere durch die Ausstockung des Waldbestandes und den Bodenabtrag bei der Abbauvorbereitung. Es wird aus fachgutachterlicher Sicht davon ausgegangen, dass ein signifikant erhöhtes Verletzungs- und Tötungsrisiko im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG eintritt.

3.3.5 Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Kompensation

- Vorgezogene funktionserhaltende Maßnahmen (CEF)
 - Nach Fällen und Roden der Waldfläche am Westrand der Vorhabenfläche (Vorgehen wie bei Offenlandkomplex) Abschieben eines mindestens 10 m breiten Streifens bis auf den Kieskörper. Die Fläche wird anschließend der Sukzession überlassen (Maßnahme 6A_{CEF}, Anlage IV),
- Kompensatorische Maßnahmen (FCS):
 - Für Schlingnatter und Zauneidechse im unteren Bereich der Böschung entlang der K 6164 am Nordufer des Kieseesees zumindest

abschnittsweise Aufbringen von Material, auf dem die Sukzession im Allgemeinen nur sehr langsam fortschreitet (gröberer Kies, Nagelfluh o.ä.) (Maßnahme 15A_{FCS}, Anlage IV),

- Für Schlingnatter Durchforstung der Nagelfluhlagerungen südwestlich des Werksgeländes mit dem Ziel einer deutlichen Verbesserung der Besonnung dieser Bereiche. Keine Rodung, jedoch Abtransport des anfallenden Materials (Maßnahme 15A_{FCS}, Anlage IV).

3.4

Fachbauleitung, Monitoring und Plausibilisierung

Zur Umsetzung des artenschutzrechtlichen Maßnahmenkonzeptes wird darüber hinaus eine Fachbauleitung eingerichtet, die gewährleistet, dass

- während der Abbauzeit ein gezieltes Management der betroffenen geschützten Arten in Abstimmung mit dem Abbau- und Rekultivierungsfortschritt erfolgt und dass
- die erforderlichen funktionserhaltenden Maßnahmen nach § 44 Abs. 5 BNatSchG (CEF-Maßnahmen) sowie die kompensatorische Maßnahmen nach § 45 Abs. 7 (FCS-Maßnahmen) fachgerecht umgesetzt werden.

Parallel dazu wird auch das seit 20 Jahren laufende Monitoring weitergeführt, um

- die Wirksamkeit der Maßnahmen zu überprüfen und
- ggf. frühzeitig möglichen Fehlentwicklungen entgegenwirken zu können.

Die artenschutzrechtliche Beurteilung bezieht sich auf die derzeitigen Gegebenheiten der Vorhabenfläche und ihrer Umgebung. Während der projektierten Abbauzeit von voraussichtlich ca. 15 - 20 Jahren können allerdings artenschutzfachlich relevante Entwicklungen eintreten, die derzeit noch nicht absehbar sind, sich möglicherweise aber entscheidend auf artenschutzrechtliche Belange auswirken.

Bei der Fortführung des Monitorings ist deshalb vorgesehen,

- die artenschutzfachlichen Daten und Unterlagen regelmäßig zu plausibilisieren und
- bei Bedarf das artenschutzfachliche Maßnahmenkonzept in Abstimmung mit der Naturschutzbehörde zu aktualisieren und anzupassen.

4. Prüfung der Ausnahmenvoraussetzungen

4.1 Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses

Nach § 45 Abs. 7 Nr. 5 BNatSchG ist eine Ausnahme von den artenschutzrechtlichen Verboten des § 44 Abs. 1 BNatSchG aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art möglich.

Aus Sicht des Antragsstellers liegen diese Gründe vor.

Im Wesentlichen ist hierzu auszuführen:

1. Der aktuelle Regionalplan 2000 Region Hochrhein-Bodensee bzw. der Teilregionalplan „Oberflächennahe Rohstoffe“, Stand 2005, weist Teile des Stadtwaldes Radolfzell als Gebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe und als Gebiet zur Sicherung von Rohstoffen aus. In diesem Bereich hat der Rohstoffabbau unter überörtlichen Gesichtspunkten Vorrang vor anderen Nutzungen.

In der Fortschreibung des Teilregionalplans Oberflächennahe Rohstoffe 2021 (beschlossen von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Hochrhein-Bodensee am 27.04.2021) ist die Fläche als Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (KN-14-AG) dargestellt.

2. Der Rohstoffabbau und die Sicherung der regionalen Versorgung sowie der Erhalt von Arbeitsplätzen liegen im öffentlichen Interesse.

4.2 Fehlen zumutbarer Alternativen

Nach § 45 Abs. 7 BNatSchG ist eine Ausnahme von den artenschutzrechtlichen Verboten des § 44 Abs. 1 BNatSchG zudem nur unter der Voraussetzung möglich, dass zumutbare Alternativen nicht gegeben sind. Aus Sicht des Antragsstellers liegt diese Voraussetzung vor, da das geplante Vorhaben auf keiner Alternativfläche mit geringeren Nachteilen für die geschützten Arten durchgeführt werden kann. Der Kiesabbau stellt ein standortgebundenes Vorhaben dar, das ein abbauwürdiges Rohstoffvorkommen voraussetzt. Die geplante Weiterführung des Nassabbaus in der Phase II entspricht den Vorgaben zur Sicherung der Rohstoffversorgung in der Regionalplanung und dient der optimalen Nutzung des vorhandenen Rohstoffvorkommens. Die erforderlichen betrieblichen Einrichtungen zur Aufbereitung und Verarbeitung des Kieses sind bereits vorhanden. Das Abbaugbiet und der Werksstandort liegen abseits von störungsempfindlichen Siedlungsgebieten und besitzen eine sehr günstige direkte Anbindung an das übergeordnete Straßennetz.

4.3 **Keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes**

Im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG ist darüber hinaus zu gewährleisten, dass es zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Populationen der jeweils betroffenen Art kommt. Diese Anforderung wird in Verbindung mit dem vorgesehenen Maßnahmenkonzept bei den betroffenen Arten erfüllt.

Haselmaus

Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands wird nach neuerer Datenlage (s. Bräunicke et al. 2020) und bei Durchführung der geplanten Maßnahmen nicht gesehen. Die Art ist im Raum insgesamt noch weit verbreitet und weist hier einen günstigen Erhaltungszustand auf. Auch kann von einer vergleichsweise frühen Besiedlung der Maßnahmenflächen ausgegangen werden.

Amphibien und Reptilien

Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands kann durch die überwiegend vorgezogen durchzuführenden, funktionserhaltenden Maßnahmen im Rahmen der erforderlichen artenschutzrechtlichen Ausnahme (FCS-Maßnahmen) und durch die vorgesehene fachliche Begleitung bei der Umsetzung vermieden werden.

5. **Fazit**

Durch die geplante Erweiterung des Kiesabbaugebietes im Stadtwald Radolfzell werden Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 3 BNatSchG für die Haselmaus, die Gelbbauchunke, die Kreuzkröte, den Laubfrosch, den Springfrosch sowie die Zauneidechse und die Schlingnatter ausgelöst. Im Rahmen des vorliegenden Antrages auf Zulassung einer artenschutzrechtlichen Ausnahme gemäß § 45 BNatSchG wird der Nachweis erbracht, dass die hierfür notwendigen Voraussetzungen, d.h.

- zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses,
- das Fehlen anderweitiger, zumutbarer und zufriedenstellender Alternativen sowie
- keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der betroffenen Arten gegeben sind.

Um die Zulassung der beantragten Ausnahmen nach § 45 BNatSchG wird ersucht.

6. Quellen und Rechtsgrundlagen

[BfN] Bundesamt für Naturschutz, editor (2019a) Nationaler Bericht nach Art. 17 FFH-Richtlinie in Deutschland [4. Berichtsperiode 2013 -2018], Teil Arten (Annex B): Amphibien kontinental. Bonn 110 p.

[BfN] Bundesamt für Naturschutz, editor (2019b) Nationaler Bericht nach Art. 17 FFH-Richtlinie in Deutschland [4. Berichtsperiode 2013 -2018], Teil Arten (Annex B): Reptilien kontinental. Bonn 53 p.

Blab J (1986) Biologie, Ökologie und Schutz von Amphibien. 3., erw. und neubearb. Aufl. Greven (Kilda Verl.). (SchrR Landschaftspflege Naturschutz; vol. 18) ISBN: 978-3889491282.

Böhler E, Seidt M, Anthes N, Straub F, Hermann G (2015) Habitatpräferenzen der Gelbbauchunke (*Bombina variegata*) im Waldgebiet Rammert und Konsequenzen für den Schutz der Art. ZfF 22(2):171–190.

Braun M (2003) Rote Liste der gefährdeten Säugetiere in Baden-Württemberg. In: Braun M, Dieterlen F, editors. Die Säugetiere Baden-Württembergs Bd 1: Allgemeiner Teil, Fledermäuse (Chiroptera). Stuttgart (Eugen Ulmer GmbH & Co):263–272.

Bräunicke, M. (2023): Radolfzell Stadtwald – Erweiterung Nassabbau Phase II; Fauna – Bestand, Bewertung und Artenschutz. Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung GmbH, Filderstadt.

Bräunicke M, Rietze J, Straub F, Wallmeyer K (2020) Ergänzungsuntersuchung zum Monitoring in den Kiesabbaugebieten Steißlingen und Radolfzell 2019. Fledermäuse und Haselmaus. Filderstadt: Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung 37 p.

Cayuela H, Cheylan M (2011) The best of a harsh lot in a specialized species: breeding habitat use by the yellow-bellied toad (*Bombina variegata*) on rocky riverbanks. Amphibia-Reptilia 32:533–539.

Laufer H (2007) Die Rote Liste der Amphibien und Reptilien Baden-Württembergs (3. Fassung, Stand 31.10.1998). In: Laufer H, Fritz K, Sowig P, editors. Die Amphibien und Reptilien Baden-Württembergs. Stuttgart (Eugen Ulmer KG):85–92.

Laufer H, Flottmann H-J, Sauerbier H (2007) Europäischer Laubfrosch - *Hyla arborea* (Linnaeus, 1758). In: Laufer H, Fritz K, Sowig P, editors. Die Amphibien und Reptilien Baden-Württembergs. Stuttgart (Eugen Ulmer KG):375–396.

Laufer H, Waitzmann M (2022) Rote Liste und kommentiertes Verzeichnis der Amphibien und Reptilien Baden-Württembergs: 4. Fassung. Stand 31.12.2020. Karlsruhe (LUBW). (Naturschutz-Praxis, Artenschutz; vol. 16) 96 p.

[MLR] Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg, [LUBW] Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (2009) Informationssystem Zielartenkonzept Baden-Württemberg: Planungswerkzeug zur Erstellung eines kommunalen Zielarten- und Maßnahmenkonzepts Fauna.

2. Version 104 p; www2.lubw.badenwuerttemberg.de/public/abt5/zak/leitfaden.pdf.

Rote-Liste-Gremium Amphibien und Reptilien, editor (2020a) Rote Liste und Gesamtartenliste der Amphibien (Amphibia) Deutschlands. Bonn-Bad Godesberg (BfN). (NaBiV; 170 (4)) ISBN: 978-3-7843-3774-6.

Rote-Liste-Gremium Amphibien und Reptilien, editor (2020b) Rote Liste und Gesamtartenliste der Reptilien (Reptilia) Deutschlands. Bonn-Bad Godesberg (BfN). (NaBiV; 170 (3)) ISBN: 978-3-7843-3773-9.

Rzehak W (1984) Studien einer schwäbischen Gelbbauchunkenpopulation im Raum-Zeitsystem [Diplomarbeit]. Mainz: Johannes-Gutenberg-Universität 78 p.

Schlund W (2005) Haselmaus -*Muscardinus avellanarius* (Linnaeus, 1758). In: Braun M, Dieterlen F, editors. Die Säugetiere Baden-Württembergs Bd 2: Insektenfresser (Insectivora), Hasentiere (Lagomorpha), Nagetiere (Rodentia), Raubtiere (Carnivora), Paarhufer (Artiodactyla). Stuttgart (Eugen Ulmer GmbH & Co):211–218.

Steinicke H, Henle K, Gruttke H (2002) Bewertung der Verantwortlichkeit Deutschlands für die Erhaltung von Amphibien- und Reptilienarten ISBN: 37843-3827-5.

Straub F, Trautner J (2019) Geplante Erweiterung des Kiesabbaus im Gewann „Lachen“ in Steißlingen. Fachgutachten zum Arten- und Gebietschutz: Bestand und Bewertung: Im Auftrag von Meichle & Mohr GmbH. Filderstadt: Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung 86 p.

Waitzmann M, Zimmermann P (2007) Schlingnatter -*Coronella austriaca* Laurenti, 1768. In: Laufer H, Fritz K, Sowig P, editors. Die Amphibien und Reptilien Baden-Württembergs. Stuttgart (Eugen Ulmer KG):633–650.


7. Anlagen

- I. Formblatt Haselmaus
- II. Formblatt Amphibien
- III. Formblatt Reptilien
- IV. Artenschutzrechtliche Maßnahmen

I. Formblatt Haselmaus

Formblatt zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung von Arten des Anhangs IV der FFH-RL und von Europäischen Vogelarten nach §§ 44 und 45 BNatSchG (saP)

Stand: Mai 2012

 Zutreffendes bitte ausfüllen bzw. ankreuzen

Hinweise:

- Dieses Formblatt ersetzt nicht die erforderliche fachgutachterliche Prüfung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände und ggf. die Begründung der Ausnahmevoraussetzungen.
- Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung gilt nur für die Arten des Anhangs IV der FFH-RL, die Europäischen Vogelarten und die Verantwortungsarten. Die übrigen besonders geschützten Arten sind im Rahmen der Eingriffsregelung nach §§ 14 ff BNatSchG (vgl. § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG) bzw. in der Bauleitplanung nach § 18 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. BauGB abzuarbeiten.
- Mit diesem Formblatt wird das Vorhaben bzw. die Planung nur auf eine betroffene Art (bzw. Gilde bei Europäischen Vogelarten) geprüft. Sind mehrere europarechtlich geschützte Arten betroffen, sind jeweils gesonderte Formblätter vorzulegen. Eine Aussage, ob das Vorhaben bzw. die Planung insgesamt artenschutzrechtlich zulässig ist, kann nur im Rahmen der erforderlichen fachgutachterlichen Gesamtprüfung erfolgen.
- Auf die Ausfüllung einzelner Abschnitte des Formblatts kann verzichtet werden, wenn diese im konkreten Einzelfall nicht relevant sind (z.B. wenn eine Ausnahmeprüfung nach Ziffer 5 nicht erforderlich ist).

1. Vorhaben bzw. Planung

Kurze Vorhabens- bzw. Planungsbeschreibung.

Im Bereich des Stadtwaldes Radolfzell bestehen große nutzbare Rohstoffvorkommen von sehr guter Qualität. Diese werden seit Jahrzehnten abgebaut. Im Jahr 2009 wurde mit dem Nassabbau des Kieselsteines begonnen, um auch den grundwassererfüllten Kiesrohstoff möglichst optimal zu nutzen und dadurch gleichzeitig den Flächenbedarf für den Abbau zu reduzieren. Da die Kiese im bisher genehmigten Abbaugelände der Phase I weitgehend abgebaut sind, plant die Firma Meichle + Mohr GmbH den Nassabbau in der Phase II nach Nordwesten fortzusetzen, wo weitere Kiese in sehr guter Qualität und großer Mächtigkeit lagern. Auf dem überwiegenden Teil dieser Fläche wurde der Kies bereits im Trockenabbau bis auf eine Geländehöhe von im Mittel 420 bis 421 m ü. NN abgebaut.

Die Planung für die Abbauerweiterung (Abbauphase II) wird aus dem Gesamtkonzept zum Nassabbau im Radolfzeller Stadtwald aus dem Jahre 2009 weiterentwickelt.

Die Größe des Vorhabengebietes der Phase II beträgt rd. 23,7 ha.

Für die saP relevante Planunterlagen:

- Bräunicke, M. (2023): Radolfzell Stadtwald –Erweiterung Nassabbau Phase II; Fauna – Bestand, Bewertung und Artenschutz. Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung GmbH, Filderstadt, s. Unterlage 5.

2. Schutz- und Gefährdungsstatus der betroffenen Art¹

☒ Art des Anhangs IV der FFH-RL

☐ Europäische Vogelart²

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Rote Liste Status in Deutschland	Rote Liste Status in BaWü
Haselmaus	<i>Muscardinus avellanarius</i>	<input type="checkbox"/> 0 (erloschen oder verschollen) <input type="checkbox"/> 1 (vom Erlöschen bedroht) <input type="checkbox"/> 2 (stark gefährdet) <input type="checkbox"/> 3 (gefährdet) <input type="checkbox"/> R (Art geografischer Restriktion) <input checked="" type="checkbox"/> V (Vorwarnliste)	<input type="checkbox"/> 0 (erloschen oder verschollen) <input type="checkbox"/> 1 (vom Erlöschen bedroht) <input type="checkbox"/> 2 (stark gefährdet) <input type="checkbox"/> 3 (gefährdet) <input type="checkbox"/> R (Art geografischer Restriktion) <input type="checkbox"/> V (Vorwarnliste) <input checked="" type="checkbox"/> G (Gefährdung anzunehmen)

¹ Es sind nur die Arten des Anhangs IV der FFH-RL und die Europäischen Vogelarten darzustellen, weil der Erlass einer Rechtsverordnung für die Verantwortungsarten gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG gegenwärtig noch aussteht.

² Einzeln zu behandeln sind nur die Vogelarten der Roten Listen. Die übrigen Vogelarten können zu Gilden zusammengefasst werden.

3. Charakterisierung der betroffenen Tierart³

3.1 Lebensraumanprüche und Verhaltensweisen

Textliche Kurzbeschreibung mit Quellenangaben⁴.

Insbesondere:

- Angaben zur Art und zum Flächenanspruch bezüglich der Fortpflanzungs- und Ruhestätten (z. B. Angaben zur Reviergröße, Nistplatztreue), essentiellen Teilhabitate und Nahrungshabitate und deren räumliche Abgrenzung.
- Artspezifische Empfindlichkeit gegenüber bau-, anlage- und betriebsbedingten Störwirkungen des Vorhabens.
- Dauer der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten und Charakter der in diesen Phasen beanspruchten Gebiete / Flächen.

siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

³ Angaben bei Pflanzen entsprechend anpassen.

⁴ Zum Beispiel: Grundlagenwerke BaWü, Zielartenkonzept BaWü (ZAK) oder Artensteckbriefe.

3.2 Verbreitung im Untersuchungsraum

☒ nachgewiesen ☐ potenziell möglich

Kurzbeschreibung mit Quellenangaben, insbesondere zur:

- *Bedeutung des Vorkommens (lokal, regional, landesweit, bundesweit, europaweit),*
- *Lage zum Vorhaben,*
- *Art des Habitats (z.B. Brut- oder Nahrungshabitat).*

Die Haselmaus wurde im Rahmen der 2019 durchgeführten Studie, die einen größeren Raum abdeckte, an mehreren Stellen im Untersuchungsgebiet und unmittelbar angrenzend nachgewiesen. Insgesamt ist von einer weiteren Verbreitung insbesondere entlang der oberen Abbaukanten mit Gebüschvegetation (Teilgebiet A) sowie in den westlich angrenzenden Wäldern und hier v. a. in aufgelichteten Bereichen auszugehen.

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

Im Fall eines nur potenziellen Vorkommens ist darzulegen,

- *welche Gegebenheiten (insb. Biotopstrukturen) für die Möglichkeit des Vorkommens der Art sprechen und*
- *aus welchen Gründen der Nachweis des Vorkommens nicht geführt werden konnte (Worst-case-Analysen sind allerdings nur zulässig, wenn wissenschaftliche Erkenntnislücken vorhanden sind, die nicht behebbbar sind) bzw. nicht geführt werden muss (z.B. wenn die Art durch die Vorhabenwirkungen nicht in verbotsrelevanter Weise betroffen werden kann oder wenn eine Ermittlung des Artvorkommens unverhältnismäßig wäre, was jedoch von der zuständigen Naturschutzbehörde festzustellen wäre).*

3.3 Abgrenzung und Bewertung des Erhaltungszustandes der lokalen Population

Kurzbeschreibung der vom Vorhaben betroffenen lokalen Population einschließlich ihrer Abgrenzung; Begründung des Erhaltungszustandes (Zustand der Population, Habitatqualität, Beeinträchtigungen).

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags.

3.4 Kartografische Darstellung

Insbesondere kartografische Darstellung des Artvorkommens / der lokalen Population, der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten, essentiellen Teilhabitate sowie der Nahrungshabitate⁵.

Siehe Karte 3 im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

⁵ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

4. Prognose und Bewertung der Schädigung und / oder Störung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (bau-, anlage- und betriebsbedingt)

4.1 Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

a) **Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört?**

☒ ja ☐ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie der konkret betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten.

Fortpflanzungs-/Ruhestätten der Art sind im Umfang von ca. 8 ha betroffen.

siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

- b) **Werden Nahrungs- und/oder andere essentielle Teilhabitate so erheblich beschädigt oder zerstört, dass dadurch die Funktionsfähigkeit von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten vollständig entfällt?**

☐ ja ☐ nein

(vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 3. der Hinweise zu den zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)

Beschreibung der Auswirkungen des Vorhabens auf Nahrungshabitate und oder andere essentielle Teilhabitate sowie Einschätzung der Rückwirkungen auf die Fortpflanzungs- oder Ruhestätten.

trifft auf dieselben Flächen zu wie bei Punkt 4.1a) und ist deshalb nicht trennbar

- c) **Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten durch Störungen oder sonstige Vorhabenwirkungen so beeinträchtigt und damit beschädigt, dass diese nicht mehr nutzbar sind?**

☐ ja ☐ nein

(vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 2. der Hinweise zu den zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)

Beschreibung der Auswirkungen.

Mittelbare Störungen durch Immissionen (Lärm, Licht) sind nicht zu erwarten.

- d) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☐ ja ☒ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen; ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- e) **Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?**

☒ ja ☐ nein

(vgl. BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)

Kurze Begründung, dass die Eingriffsregelung korrekt abgearbeitet worden ist, und Verweis auf die detaillierten Planunterlagen.

Die Vorgaben der Eingriffsregelung sind abgearbeitet worden. Über ein in Unterlage 1.1 dargestelltes Maßnahmenkonzept werden die Eingriffe in die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild kompensiert.

- f) **Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG)?**

☐ ja ☒ nein

Prüfung, ob im räumlichen Zusammenhang geeignete (und nicht bereits anderweitig besetzte) Ausweichmöglichkeiten für die betroffenen Individuen bestehen.

siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

- g) **Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG)?**

☐ ja ☒ nein

Beschreibung der Maßnahmen, die zum Funktionserhalt der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang vorgesehen sind, mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der ökologischen Wirkungsweise,
- dem räumlichen Zusammenhang,
- Beginn und Dauer der Maßnahmen (Umsetzungszeitrahmen),
- der Prognose, wann die ökologische Funktion erreicht sein wird,
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Mit den folgenden Maßnahmen kann die ökologische Funktion allenfalls partiell gewährleistet werden:

- Aufforsten der Schlammbecken östlich des Kiessees der Phase I; auf etwa 20 % der Fläche Waldentwicklung über Sukzession ggf. mit lockerer Initialpflanzung (Maßnahme 7.1A_{FCS} und 7.2A_{FCS}, Unterlage IV),
- Bepflanzung des Walls: entlang der K 6164 und des oberen Drittels der Böschung am Nordufer des Kiessees mit einem höheren Anteil an nuß- und beerentragenden Sträuchern (Maßnahme 15_{FCS}, Anlage IV)

siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

h) Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann: Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.

Ein Funktionserhalt ohne zeitliche Lücke ist nicht möglich. Auch ein räumlicher Zusammenhang kann nur teilweise gewährleistet werden.

siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wird erfüllt:

☒ ja

☐ nein

4.2 Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

a) Werden Tiere gefangen, verletzt oder getötet?

☒ ja ☐ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.

Eine Tötung von Individuen kann bei der Flächeninanspruchnahme durch die geplante Erweiterung des Nassabbaus und der anschließend erforderlichen Gestaltungs-/Rekultivierungsmaßnahmen nicht vermeiden werden.

siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

b) Kann das Vorhaben bzw. die Planung zu einer signifikanten Erhöhung des Verletzungs- oder Tötungsrisikos von Tieren führen?

☐ ja ☐ nein

Darstellung des signifikant erhöhten Verletzungs- bzw. Tötungsrisikos.

Siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

Bei einem signifikant erhöhten Kollisionsrisiko sind Angaben zu:

- *den artspezifischen Verhaltensweisen,*
- *der häufigen Frequentierung des Einflussbereichs des Vorhabens bzw. der Planung und/oder*
- *der Wirksamkeit vorgesehener Schutzmaßnahmen erforderlich.*

Wenn nein: Begründung, warum keine signifikante Schädigung prognostiziert wird.

c) Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?

☒ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen (z.B. Bauzeitenregelung, Maßnahmen für kollisionsgefährdete Tierarten); ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Minderung von Individuenverlusten bei der Freimachung geplanter Abbauflächen: Freimachung der geplanten Abbauflächen und der für den Offenlandkomplex vorgesehenen Aufforstungsfläche (in Phase III) außerhalb der Vegetationsperiode im Zeitraum Oktober bis Februar zur Vermeidung/Minderung von Individuenverlusten; Entfernen der Wurzelstöcke erst im anschließenden Frühjahr (ca. ab Ende April) zur Aktivitätszeit der Haselmaus (Maßnahme 3V, Anlage IV). Eine vollständige Vermeidung von Individuenverlusten ist jedoch nicht möglich.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird erfüllt:

☒ ja

☐ nein

4.3 Erhebliche Störung (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

a) Werden Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich gestört?

☐ ja ☒ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen (z.B. Lärm- oder Lichtimmissionen, Barriere- bzw. Trennwirkungen und/oder genetische Verinselung) auf die lokale Population sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.

Störungen mit Populationsrelevanz sind vorhabenbedingt nicht zu erwarten.
siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

b) Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?

☐ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der (ggf. vorgezogen durchzuführenden) Vermeidungsmaßnahmen, Angaben zur Wirksamkeit (Zeitpunkt, Plausibilität, etc.) und ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG wird erfüllt:

- ☐ ja
☒ nein

4.4 Entnahme von wildlebenden Pflanzen oder ihren Entwicklungsformen, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Standorte (§ 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG)

- a) **Werden wild lebende Pflanzen entnommen oder ihre Standorte beschädigt oder zerstört?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.

- b) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen; ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- c) **Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?**
(vgl. BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)

☐ ja ☐ nein

Kurze Begründung, dass die Eingriffsregelung korrekt abgearbeitet worden ist, und Verweis auf die detaillierten Planunterlagen.

- d) **Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 2 BNatSchG)?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Begründung.

- e) **Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 3 BNatSchG)?**

☐ ja ☐ nein

Beschreibung der Maßnahmen, die zum Funktionserhalt der Art bzw. ihrer Standorte vorgesehen werden können, mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der ökologischen Wirkungsweise,
- dem räumlichen Zusammenhang,
- Beginn und Dauer der Maßnahmen (Umsetzungszeitrahmen),
- der Prognose, wann die ökologische Funktion erreicht sein wird,
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- f) **Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann: Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.**

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG wird erfüllt:

- ☐ ja
☒ nein

4.5 Kartografische Darstellung

Kartografische Darstellung der in 4.1 - 4.4 aufgeführten Konflikte sowie der vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung und / oder zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahmen)⁶.

⁶ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

5. Ausnahmeverfahren

Wird im Falle der Erfüllung eines oder mehrerer Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG (vgl. Ziffern 4.1, 4.2, 4.3 und/oder 4.4) die Erteilung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG beantragt?

- ☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.
☒ ja - weiter mit Punkt 5.1 ff.

5.1 Ausnahmegründe (§ 45 Abs. 7 Satz 1 BNatSchG)

- ☐ zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger erheblicher wirtschaftlicher Schäden (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG),
☐ zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG),
☐ für Zwecke der Forschung, Lehre, Bildung oder Wiederansiedlung oder diesen Zwecken dienende Maßnahmen der Aufzucht oder künstlichen Vermehrung (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 3 BNatSchG),
☐ im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG) oder
☒ aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 BNatSchG).

Zu den betreffenden Ausnahmegründen vgl. die ausführliche Begründung in den detaillierten Planunterlagen: siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags (s. Kap 4.1).

5.2 Zumutbare Alternativen (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG)

Existieren anderweitig zumutbare Alternativen (z.B. Standort- oder Ausführungsalternativen), die in Bezug auf die Art schonender sind?

- ☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.
☒ nein - weiter mit Pkt. 5.3.

Bei ja: Textliche Kurzbeschreibung dieser Lösungen.

Bei nein: Textliche Kurzbeschreibung, welche Alternativen mit welchen Ergebnissen geprüft wurden.

siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags (s. Kap. 4.2)

Die untersuchten Alternativlösungen sind in den detaillierten Planunterlagen _____ dargestellt.

5.3 Prüfung der Verschlechterung des Erhaltungszustands der Populationen der Art (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG; bei FFH-Anhang IV Arten i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)

a) Erhaltungszustand vor der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?

Art	Lokal betroffene Population <i>(Kurze Beschreibung des Erhaltungszustands der lokalen Population (Interpretation und Einordnung der Angaben unter Pkt. 3.3.); Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet <i>(Beschreibung des Erhaltungszustands der Populationen auf der übergeordneten Ebene (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>
Haselmaus	Der Erhaltungszustand der lokalen Population wird als günstig eingeschätzt	Der Erhaltungszustand der Art wird für die kontinentale Region als ungünstig bis unzureichend eingestuft (BFN 2019). Dies ist jedoch nicht auf die Verhältnisse im Land übertragbar (s. Fachbeitrag zum Artenschutz, Unterlage 5). Für die besiedelten Gebiete Baden-Württembergs ist ein günstiger Erhaltungszustand anzunehmen.

b) Erhaltungszustand nach der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?

Art	Lokal betroffene Population <i>(Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet <i>(Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>
Haselmaus	Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands wird nach neuerer Datenlage (s. Bräunicke et al. 2020) und bei Durchführung der geplanten Maßnahmen nicht gesehen (s. Ausführungen in Kap. 3.1.5 des Ausnahmeantrags).	keine Verschlechterung bei vollständiger Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen

c) Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Europäischen Vogelarten

Liegt eine Verschlechterung des aktuellen (günstigen oder ungünstigen) Erhaltungszustands der Populationen einer europäischen Vogelart vor?

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ ja

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der aktuelle Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen gewahrt werden?

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

Darstellung der Maßnahmen zur Sicherung des aktuellen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der Wirkungsweise im Populationskontext,

- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgseintritts (Referenzen oder Quellen),
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

d) **Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Arten des Anhangs IV der FFH-RL (Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)**

aa) **Liegt eine Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustands der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL vor?**

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

☒ ja

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der günstige Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen erhalten werden?

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

☒ ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

Darstellung der Maßnahmen zur Herstellung des günstigen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der Wirkungsweise im Populationskontext,
- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgseintritts (Referenzen oder Quellen),
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands wird aus fachgutachterlicher Sicht nach neuerer Datenlage (s. Bräunicke et al. 2020) und bei Durchführung der im Textteil des Ausnahmeantrags (Kap. 3.1.5) dargestellten kompensatorischen Maßnahmen (FCS) nicht gesehen. Nach Aussage des Fachbeitrages zum Artenschutz (Bräunicke 2023, s. Unterlage 5) ist die Art im Raum insgesamt noch weit verbreitet und weist hier einen günstigen Erhaltungszustand auf. Darüber hinaus kann auch von einer vergleichsweise frühen Besiedlung der geplanten Maßnahmenfläche ausgegangen werden, die an bestehende Vorkommen angrenzen.

- im Rahmen der Rekultivierung die Lebensraumsansprüche der Art bei der Gehölzauswahl und durch die Einschaltung von Sukzessionsbereichen berücksichtigt werden

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

bb) **Wird bei einem ungünstigen Erhaltungszustand der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL der Erhaltungszustand nicht weiter verschlechtert oder wird die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands der Populationen nicht behindert?**

☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

6. Fazit

6.1 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen Vermeidungs- und CEF- Maßnahmen werden die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BNatSchG

- ☐ nicht erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.
☒ erfüllt - weiter mit Pkt. 6.2.

6.2 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen FCS-Maßnahmen

- ☐ sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) nicht erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig.
☒ sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.

II. Formblatt Amphibien

Formblatt zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung von Arten des Anhangs IV der FFH-RL und von Europäischen Vogelarten nach §§ 44 und 45 BNatSchG (saP)

Stand: Mai 2012

 Zutreffendes bitte ausfüllen bzw. ankreuzen

Hinweise:

- Dieses Formblatt ersetzt nicht die erforderliche fachgutachterliche Prüfung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände und ggf. die Begründung der Ausnahmevoraussetzungen.
- Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung gilt nur für die Arten des Anhangs IV der FFH-RL, die Europäischen Vogelarten und die Verantwortungsarten. Die übrigen besonders geschützten Arten sind im Rahmen der Eingriffsregelung nach §§ 14 ff BNatSchG (vgl. § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG) bzw. in der Bauleitplanung nach § 18 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. BauGB abzuarbeiten.
- Mit diesem Formblatt wird das Vorhaben bzw. die Planung nur auf eine betroffene Art (bzw. Gilde bei Europäischen Vogelarten) geprüft. Sind mehrere europarechtlich geschützte Arten betroffen, sind jeweils gesonderte Formblätter vorzulegen. Eine Aussage, ob das Vorhaben bzw. die Planung insgesamt artenschutzrechtlich zulässig ist, kann nur im Rahmen der erforderlichen fachgutachterlichen Gesamtprüfung erfolgen.
- Auf die Ausfüllung einzelner Abschnitte des Formblatts kann verzichtet werden, wenn diese im konkreten Einzelfall nicht relevant sind (z.B. wenn eine Ausnahmeprüfung nach Ziffer 5 nicht erforderlich ist).

1. Vorhaben bzw. Planung

Kurze Vorhabens- bzw. Planungsbeschreibung.

Im Bereich des Stadtwaldes Radolfzell bestehen große nutzbare Rohstoffvorkommen von sehr guter Qualität. Diese werden seit Jahrzehnten abgebaut. Im Jahr 2009 wurde mit dem Nassabbau des Kieselsteines begonnen, um auch den grundwassererfüllten Kiesrohstoff möglichst optimal zu nutzen und dadurch gleichzeitig den Flächenbedarf für den Abbau zu reduzieren. Da die Kiese im bisher genehmigten Abbaugelände der Phase I weitgehend abgebaut sind, plant die Firma Meichle + Mohr GmbH den Nassabbau in der Phase II nach Nordwesten fortzusetzen, wo weitere Kiese in sehr guter Qualität und großer Mächtigkeit lagern. Auf dem überwiegenden Teil dieser Fläche wurde der Kies bereits im Trockenabbau bis auf eine Geländehöhe von im Mittel 420 bis 421 m ü. NN abgebaut.

Die Planung für die Abbauerweiterung (Abbauphase II) wird aus dem Gesamtkonzept zum Nassabbau im Radolfzeller Stadtwald aus dem Jahre 2009 weiterentwickelt.

Die Größe des Vorhabengebietes der Phase II beträgt rd. 23,7 ha.

Für die saP relevante Planunterlagen:

- Bräunicke, M. (2023): Radolfzell Stadtwald –Erweiterung Nassabbau Phase II; Fauna – Bestand, Bewertung und Artenschutz. Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung GmbH, Filderstadt; s. Unterlage 5

2. Schutz- und Gefährdungsstatus der betroffenen Art¹

☒ Art des Anhangs IV der FFH-RL

☐ Europäische Vogelart²

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Rote Liste Status in Deutschland	Rote Liste Status in BaWü
Gelbbauchunke	<i>Bombina variegata</i>	2 (stark gefährdet)	2 (stark gefährdet)
Kreuzkröte	<i>Epidalea calamita</i>	V (Vorwarnliste)	2 (stark gefährdet)
Laubfrosch	<i>Hyla arborea</i>	3 (gefährdet)	2 (stark gefährdet)
Springfrosch	<i>Rana dalmatina</i>	* (ungefährdet)	3 (gefährdet)

¹ Es sind nur die Arten des Anhangs IV der FFH-RL und die Europäischen Vogelarten darzustellen, weil der Erlass einer Rechtsverordnung für die Verantwortungsarten gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG gegenwärtig noch aussteht.

² Einzeln zu behandeln sind nur die Vogelarten der Roten Listen. Die übrigen Vogelarten können zu Gilden zusammengefasst werden.

3. Charakterisierung der betroffenen Tierart³

3.1 Lebensraumsprüche und Verhaltensweisen

Textliche Kurzbeschreibung mit Quellenangaben⁴.

Insbesondere:

- Angaben zur Art und zum Flächenanspruch bezüglich der Fortpflanzungs- und Ruhestätten (z. B. Angaben zur Reviergröße, Nistplatztreue), essentiellen Teilhabitate und Nahrungshabitate und deren räumliche Abgrenzung.
- Artspezifische Empfindlichkeit gegenüber bau-, anlage- und betriebsbedingten Störwirkungen des Vorhabens.
- Dauer der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten und Charakter der in diesen Phasen beanspruchten Gebiete / Flächen.

siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

³ Angaben bei Pflanzen entsprechend anpassen.

⁴ Zum Beispiel: Grundlagenwerke BaWü, Zielartenkonzept BaWü (ZAK) oder Artensteckbriefe.

3.2 Verbreitung im Untersuchungsraum

☒ nachgewiesen ☐ potenziell möglich

Kurzbeschreibung mit Quellenangaben, insbesondere zur:

- *Bedeutung des Vorkommens (lokal, regional, landesweit, bundesweit, europaweit),*
- *Lage zum Vorhaben,*
- *Art des Habitats (z.B. Brut- oder Nahrungshabitat).*

Im Untersuchungsgebiet besiedelt die **Kreuzkröte** nahezu ausschließlich den Bereich des ehemaligen Trockenabbaus (Teilgebiet A; Abb. 1 im Fachbeitrag zum Artenschutz in Unterlage 5). Laichschnüre und Larven fanden sich dort 2020 in 6, 2021 in 8 Rohbodengewässern (s. Karte 5a im Fachbeitrag zum Artenschutz in Unterlage 5). Eine erfolgreiche Reproduktion konnte im Rahmen stichprobenartiger Kontrollen im Jahr 2021 an 3 Gewässern nachgewiesen werden. Die geringe Anzahl an festgestellten Laichschnüren deutet auf eine aktuell nur noch kleine (bis maximal mittelgroße) Laichpopulation hin (etwa 50 – 150 Alttiere).

Auch von der **Gelbbauchunke** konnten nur wenige Alt- und Jungtiere im Untersuchungsgebiet festgestellt werden. Dies dürfte primär auf das sehr begrenzte Laichgewässerangebot mit ausreichend langer Wasserführung zurückzuführen sein. So konnten in den Jahren 2020/21 nur zwei Laichgewässer(komplexe) nachgewiesen werden, in denen sich die Art erfolgreich fortpflanzen konnte: Eines davon im Südteil des Teilgebiets A und eines im Bereich einer Aufflichtung in Teilgebiet B (s. Abb. 7 im Fachbeitrag zum Artenschutz in Unterlage 5). Die kleine Population wird auf maximal 20 Alttiere geschätzt.

Rufende **Laubfrosch**-Männchen wurden im Untersuchungsjahr 2021 an insgesamt 6 Gewässern im Bereich des ehemaligen Trockenabbaus (Teilgebiet A) festgestellt. Hierbei handelte es sich jedoch zumeist um Einzeltiere oder kleine Rufergruppen aus maximal 5 Männchen. Eine Reproduktion kann jedoch nur für eines der Gewässer angenommen werden (südlichster Laubfrosch-Nachweis in Karte 5b im Fachbeitrag zum Artenschutz in Unterlage 5). Insgesamt ist beim Laubfrosch nur von einer kleinen Population auszugehen mit maximal 50 Alttieren.

Der **Springfrosch** besiedelt das Untersuchungsgebiet nur in kleinen bis sehr kleinen Laich-Populationen. Nachweise von Laichballen (max. 6 Laichballen) und/ oder Larven lagen in den Jahren 2020/21 lediglich aus zwei Gewässern vor: Südteil Teilgebiet A und im südlich gelegenen Pufferbereich (s. Abb. 8 im Fachbeitrag zum Artenschutz in Unterlage 5). Ein größeres Vorkommen liegt ca. 400 m südlich des Pufferbereichs.

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

Im Fall eines nur potenziellen Vorkommens ist darzulegen,

- *welche Gegebenheiten (insb. Biotopstrukturen) für die Möglichkeit des Vorkommens der Art sprechen und*
- *aus welchen Gründen der Nachweis des Vorkommens nicht geführt werden konnte (Worst-case-Analysen sind allerdings nur zulässig, wenn wissenschaftliche Erkenntnislücken vorhanden sind, die nicht behebbar sind) bzw. nicht geführt werden muss (z.B. wenn die Art durch die Vorhabenwirkungen nicht in verbotsrelevanter Weise betroffen werden kann oder wenn eine Ermittlung des Artvorkommens unverhältnismäßig wäre, was jedoch von der zuständigen Naturschutzbehörde festzustellen wäre).*

3.3 Abgrenzung und Bewertung des Erhaltungszustandes der lokalen Population

Kurzbeschreibung der vom Vorhaben betroffenen lokalen Population einschließlich ihrer Abgrenzung; Begründung des Erhaltungszustandes (Zustand der Population, Habitatqualität, Beeinträchtigungen).

Siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags.

3.4 Kartografische Darstellung

Insbesondere kartografische Darstellung des Artvorkommens / der lokalen Population, der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten, essentiellen Teilhabitate sowie der Nahrungshabitate⁵.

Siehe Karte 5a und 5b im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

⁵ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

4. Prognose und Bewertung der Schädigung und / oder Störung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (bau-, anlage- und betriebsbedingt)

4.1 Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

- a) **Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört?** ☒ ja ☐ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie der konkret betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten.

Im Bereich der geplanten Abbauerweiterung (Phase II) gehen von Fortpflanzungs-/Ruhestätten (Gewässer und Landlebensräume) der 4 oben genannten Arten verloren. Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

- b) **Werden Nahrungs- und/oder andere essentielle Teilhabitate so erheblich beschädigt oder zerstört, dass dadurch die Funktionsfähigkeit von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten vollständig entfällt?** ☐ ja ☐ nein

(vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 3. der Hinweise zu den zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)

Beschreibung der Auswirkungen des Vorhabens auf Nahrungshabitate und oder andere essentielle Teilhabitate sowie Einschätzung der Rückwirkungen auf die Fortpflanzungs- oder Ruhestätten.

trifft auf dieselben Flächen zu wie bei Punkt 4.1a) und ist deshalb nicht trennbar siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrages sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

- c) **Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten durch Störungen oder sonstige Vorhabenwirkungen so beeinträchtigt und damit beschädigt, dass diese nicht mehr nutzbar sind?** ☐ ja ☒ nein

(vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 2. der Hinweise zu den zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)

Beschreibung der Auswirkungen.

Mittelbare Störungen durch Immissionen (Lärm, Licht) sind nicht zu erwarten.

- d) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?** ☐ ja ☒ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen; ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

teilweise Vermeidung möglich durch

- Sicherung der vorhandenen Laichgewässer (gemäß Maßnahme 9.2V, Anlage IV) bis die Ersatzgewässer im Offenlandkomplex (gemäß Maßnahme 4.1AFCS) funktionsfähig und besiedelt sind.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- e) **Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?** ☒ ja ☐ nein

(vgl. BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)

Kurze Begründung, dass die Eingriffsregelung korrekt abgearbeitet worden ist, und Verweis auf die detaillierten Planunterlagen.

Die Vorgaben der Eingriffsregelung sind abgearbeitet worden. Über ein in Unterlage 1.1 dargestelltes Maßnahmenkonzept werden die Eingriffe in die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild kompensiert.

- f) **Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG)?** ☐ ja ☒ nein
Prüfung, ob im räumlichen Zusammenhang geeignete (und nicht bereits anderweitig besetzte) Ausweichmöglichkeiten für die betroffenen Individuen bestehen.

Siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrages sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

- g) **Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG)?** ☐ ja ☒ nein

Beschreibung der Maßnahmen, die zum Funktionserhalt der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang vorgesehen sind, mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der ökologischen Wirkungsweise,
- dem räumlichen Zusammenhang,
- Beginn und Dauer der Maßnahmen (Umsetzungszeiträumen),
- der Prognose, wann die ökologische Funktion erreicht sein wird,
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrages sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- h) **Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann: Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.**

Eine zeitliche Lücke im Funktionserhalt ist nach fachgutachterlicher Einschätzung nicht zu vermeiden.

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wird erfüllt:

- ☒ ja
☐ nein

4.2 Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

- a) **Werden Tiere gefangen, verletzt oder getötet?** ☒ ja ☐ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.

Durch die direkte Inanspruchnahme von Habitatflächen der Arten sind Individuenverluste der dort siedelnden Arten zu erwarten.

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

- b) **Kann das Vorhaben bzw. die Planung zu einer signifikanten Erhöhung des Verletzungs- oder Tötungsrisikos von Tieren führen?** ☐ ja ☐ nein

s.o.

Darstellung des signifikant erhöhten Verletzungs- bzw. Tötungsrisikos. ?

Bei einem signifikant erhöhten Kollisionsrisiko sind Angaben zu:

- den artspezifischen Verhaltensweisen,
- der häufigen Frequentierung des Einflussbereichs des Vorhabens bzw. der Planung und/oder
- der Wirksamkeit vorgesehener Schutzmaßnahmen erforderlich.

Wenn nein: Begründung, warum keine signifikante Schädigung prognostiziert wird.

c) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☐ ja ☒ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen (z.B. Bauzeitenregelung, Maßnahmen für kollisionsgefährdete Tierarten); ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Eine Tötung von Individuen kann bei der Flächeninanspruchnahme durch die geplante Erweiterung des Nassabbaus und der anschließend erforderlichen Gestaltungs-/rekultivierungsmaßnahmen nicht vermieden werden.

Siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird erfüllt:

☒ ja

☐ nein

4.3 Erhebliche Störung (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

a) **Werden Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich gestört?**

☐ ja ☒ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen (z.B. Lärm- oder Lichtimmissionen, Barriere- bzw. Trennwirkungen und/oder genetische Verinselung) auf die lokale Population sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.

Siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

b) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der (ggf. vorgezogen durchzuführenden) Vermeidungsmaßnahmen, Angaben zur Wirksamkeit (Zeitpunkt, Plausibilität, etc.) und ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG wird erfüllt:

☐ ja

☒ nein

4.4 Entnahme von wildlebenden Pflanzen oder ihren Entwicklungsformen, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Standorte (§ 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG)

- a) **Werden wild lebende Pflanzen entnommen oder ihre Standorte beschädigt oder zerstört?**

☐ ja ☒ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.

- b) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen; ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- c) **Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?**
(vgl. BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)

☐ ja ☐ nein

Kurze Begründung, dass die Eingriffsregelung korrekt abgearbeitet worden ist, und Verweis auf die detaillierten Planunterlagen.

- d) **Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 2 BNatSchG)?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Begründung.

- e) **Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 3 BNatSchG)?**

☐ ja ☐ nein

Beschreibung der Maßnahmen, die zum Funktionserhalt der Art bzw. ihrer Standorte vorgesehen werden können, mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der ökologischen Wirkungsweise,
- dem räumlichen Zusammenhang,
- Beginn und Dauer der Maßnahmen (Umsetzungszeitrahmen),
- der Prognose, wann die ökologische Funktion erreicht sein wird,
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- f) **Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann: Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.**

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG wird erfüllt:

☐ ja

☒ nein

4.5 Kartografische Darstellung

Kartografische Darstellung der in 4.1 - 4.4 aufgeführten Konflikte sowie der vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung und / oder zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahmen)⁶.

⁶ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

5. Ausnahmeverfahren

Wird im Falle der Erfüllung eines oder mehrerer Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG (vgl. Ziffern 4.1, 4.2, 4.3 und/oder 4.4) die Erteilung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG beantragt?

- ☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.
☒ ja - weiter mit Punkt 5.1 ff.

5.1 Ausnahmegründe (§ 45 Abs. 7 Satz 1 BNatSchG)

- ☐ zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger erheblicher wirtschaftlicher Schäden (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG),
☐ zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG),
☐ für Zwecke der Forschung, Lehre, Bildung oder Wiederansiedlung oder diesen Zwecken dienende Maßnahmen der Aufzucht oder künstlichen Vermehrung (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 3 BNatSchG),
☐ im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG) oder
☒ aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 BNatSchG).

Zu den betreffenden Ausnahmegründen vgl. die ausführliche Begründung in den detaillierten Planunterlagen: siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags (s. Kap. 4.1).

5.2 Zumutbare Alternativen (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG)

Existieren anderweitig zumutbare Alternativen (z.B. Standort- oder Ausführungsalternativen), die in Bezug auf die Art schonender sind?

- ☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.
☒ nein - weiter mit Pkt. 5.3.

Bei ja: Textliche Kurzbeschreibung dieser Lösungen.

Bei nein: Textliche Kurzbeschreibung, welche Alternativen mit welchen Ergebnissen geprüft wurden.

siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags (s. Kap. 4.2)

Die untersuchten Alternativlösungen sind in den detaillierten Planunterlagen _____ dargestellt.

5.3 Prüfung der Verschlechterung des Erhaltungszustands der Populationen der Art (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG; bei FFH-Anhang IV Arten i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)

a) Erhaltungszustand vor der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?

Art	Lokal betroffene Population <i>(Kurze Beschreibung des Erhaltungszustands der lokalen Population (Interpretation und Einordnung der Angaben unter Pkt. 3.3.); Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet <i>(Beschreibung des Erhaltungszustands der Populationen auf der übergeordneten Ebene (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>
Gelbbauch-unke	Der Erhaltungszustand der lokalen Population wird als ungünstig bis schlecht eingeschätzt	Der Erhaltungszustand der Art wird für die kontinentale Region als ungünstig bis schlecht eingestuft (BFN 2019).
Kreuzkröte	Der Erhaltungszustand der lokalen Population wird als ungünstig bis schlecht eingeschätzt	Der Erhaltungszustand der Art wird für die kontinentale Region als ungünstig bis schlecht eingestuft (BFN 2019).
Laubfrosch	Der Erhaltungszustand der lokalen Population wird als ungünstig bis schlecht eingeschätzt	Der Erhaltungszustand der Art wird für die kontinentale Region als ungünstig bis unzureichend eingestuft (BFN 2019).
Springfrosch	Der Erhaltungszustand der lokalen Population wird als günstig eingeschätzt	Der Erhaltungszustand der Art wird für die kontinentale Region als günstig eingestuft (BFN 2019).

b) Erhaltungszustand nach der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?

Art	Lokal betroffene Population <i>(Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet <i>(Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>
Gelbbauch-unke, Kreuzkröte, Laubfrosch, Springfrosch	Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands kann durch vorgezogen durchzuführende, funktionserhaltende Maßnahmen im Rahmen der erforderlichen artenschutzrechtlichen Ausnahme (FCS-Maßnahmen) vermieden werden (s. Ausführungen in Kap. 3.2.5 des Ausnahmeantrags).	keine Verschlechterung bei vollständiger Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen

c) **Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Europäischen Vogelarten**

Liegt eine Verschlechterung des aktuellen (günstigen oder ungünstigen) Erhaltungszustands der Populationen einer europäischen Vogelart vor?

- ☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**
☐ **ja**

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der aktuelle Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen gewahrt werden?

- ☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.**
☐ **ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

Darstellung der Maßnahmen zur Sicherung des aktuellen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,*
- der Wirkungsweise im Populationskontext,*
- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgseintritts (Referenzen oder Quellen),*
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,*
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement*
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).*

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

d) **Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Arten des Anhangs IV der FFH-RL (Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)**

aa) **Liegt eine Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustands der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL vor?**

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

☒ **ja (Springfrosch)**

Kurze Begründung: Einer Verschlechterung des lokalen Erhaltungszustandes des Springfrosches kann durch die in Kap. 3.2.5 des Ausnahmeantrags dargestellten kompensatorischen Maßnahmen entgegengewirkt werden.

Arten befinden sich lokal nicht in günstigem Erhaltungszustand.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der günstige Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen erhalten werden?

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.**

☐ **ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

Darstellung der Maßnahmen zur Herstellung des günstigen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der Wirkungsweise im Populationskontext,
- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgseintritts (Referenzen oder Quellen),
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

bb) **Wird bei einem ungünstigen Erhaltungszustand der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL der Erhaltungszustand nicht weiter verschlechtert oder wird die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands der Populationen nicht behindert?**

☒ **ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit (Kreuzkröte, Gelbbauchunke und Laubfrosch).**

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.**

Kurze Begründung: Einer Verschlechterung des lokalen Erhaltungszustandes der Arten kann durch die in Kap. 3.2.5 des Ausnahmeantrags dargestellten kompensatorischen Maßnahmen entgegengewirkt werden.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

6. Fazit

6.1 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen Vermeidungs- und CEF- Maßnahmen werden die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BNatSchG

- ☐ nicht erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.
☒ erfüllt - weiter mit Pkt. 6.2.

6.2 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen FCS-Maßnahmen


- ☐ sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) nicht erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig.
☒ sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.

III. Formblatt Reptilien

1. Zauneidechse

Formblatt zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung von Arten des Anhangs IV der FFH-RL und von Europäischen Vogelarten nach §§ 44 und 45 BNatSchG (saP)

Stand: Mai 2012

 Zutreffendes bitte ausfüllen bzw. ankreuzen

Hinweise:

- Dieses Formblatt ersetzt nicht die erforderliche fachgutachterliche Prüfung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände und ggf. die Begründung der Ausnahmevoraussetzungen.
- Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung gilt nur für die Arten des Anhangs IV der FFH-RL, die Europäischen Vogelarten und die Verantwortungsarten. Die übrigen besonders geschützten Arten sind im Rahmen der Eingriffsregelung nach §§ 14 ff BNatSchG (vgl. § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG) bzw. in der Bauleitplanung nach § 18 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. BauGB abzuarbeiten.
- Mit diesem Formblatt wird das Vorhaben bzw. die Planung nur auf eine betroffene Art (bzw. Gilde bei Europäischen Vogelarten) geprüft. Sind mehrere europarechtlich geschützte Arten betroffen, sind jeweils gesonderte Formblätter vorzulegen. Eine Aussage, ob das Vorhaben bzw. die Planung insgesamt artenschutzrechtlich zulässig ist, kann nur im Rahmen der erforderlichen fachgutachterlichen Gesamtprüfung erfolgen.
- Auf die Ausfüllung einzelner Abschnitte des Formblatts kann verzichtet werden, wenn diese im konkreten Einzelfall nicht relevant sind (z.B. wenn eine Ausnahmeprüfung nach Ziffer 5 nicht erforderlich ist).

1. Vorhaben bzw. Planung

Kurze Vorhabens- bzw. Planungsbeschreibung.

Im Bereich des Stadtwaldes Radolfzell bestehen große nutzbare Rohstoffvorkommen von sehr guter Qualität. Diese werden seit Jahrzehnten abgebaut. Im Jahr 2009 wurde mit dem Nassabbau des Kieselsteines begonnen, um auch den grundwassererfüllten Kiesrohstoff möglichst optimal zu nutzen und dadurch gleichzeitig den Flächenbedarf für den Abbau zu reduzieren. Da die Kiese im bisher genehmigten Abbaugelände der Phase I weitgehend abgebaut sind, plant die Firma Meichle + Mohr GmbH den Nassabbau in der Phase II nach Nordwesten fortzusetzen, wo weitere Kiese in sehr guter Qualität und großer Mächtigkeit lagern. Auf dem überwiegenden Teil dieser Fläche wurde der Kieselstein bereits im Trockenabbau bis auf eine Geländehöhe von im Mittel 420 bis 421 m ü. NN abgebaut.

Die Planung für die Abbauerweiterung (Abbauphase II) wird aus dem Gesamtkonzept zum Nassabbau im Radolfzeller Stadtwald aus dem Jahre 2009 weiterentwickelt.

Die Größe des Vorhabengeländes der Phase II beträgt rd. 23,7 ha.

Für die saP relevante Planunterlagen:

- Bräunicke, M. (2023): Radolfzell Stadtwald –Erweiterung Nassabbau Phase II; Fauna – Bestand, Bewertung und Artenschutz. Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung GmbH, Filderstadt; s. Unterlage 5.

2. Schutz- und Gefährdungsstatus der betroffenen Art¹

☒ Art des Anhangs IV der FFH-RL

☐ Europäische Vogelart²

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Rote Liste Status in Deutschland	Rote Liste Status in BaWü
Zauneidechse	<i>Lacerta agilis</i>	<input type="checkbox"/> 0 (erloschen oder verschollen) <input type="checkbox"/> 1 (vom Erlöschen bedroht) <input type="checkbox"/> 2 (stark gefährdet) <input type="checkbox"/> 3 (gefährdet) <input type="checkbox"/> R (Art geografischer Restriktion) <input checked="" type="checkbox"/> V (Vorwarnliste)	<input type="checkbox"/> 0 (erloschen oder verschollen) <input type="checkbox"/> 1 (vom Erlöschen bedroht) <input type="checkbox"/> 2 (stark gefährdet) <input checked="" type="checkbox"/> 3 (gefährdet) <input type="checkbox"/> R (Art geografischer Restriktion) <input type="checkbox"/> V (Vorwarnliste)

¹ Es sind nur die Arten des Anhangs IV der FFH-RL und die Europäischen Vogelarten darzustellen, weil der Erlass einer Rechtsverordnung für die Verantwortungsarten gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG gegenwärtig noch aussteht.

² Einzeln zu behandeln sind nur die Vogelarten der Roten Listen. Die übrigen Vogelarten können zu Gilden zusammengefasst werden.

3. Charakterisierung der betroffenen Tierart³

3.1 Lebensraumanprüche und Verhaltensweisen

Textliche Kurzbeschreibung mit Quellenangaben⁴.

Insbesondere:

- Angaben zur Art und zum Flächenanspruch bezüglich der Fortpflanzungs- und Ruhestätten (z. B. Angaben zur Reviergröße, Nistplatztreue), essentiellen Teilhabitate und Nahrungshabitate und deren räumliche Abgrenzung.
- Artspezifische Empfindlichkeit gegenüber bau-, anlage- und betriebsbedingten Störwirkungen des Vorhabens.
- Dauer der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten und Charakter der in diesen Phasen beanspruchten Gebiete / Flächen.

siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

³ Angaben bei Pflanzen entsprechend anpassen.

⁴ Zum Beispiel: Grundlagenwerke BaWü, Zielartenkonzept BaWü (ZAK) oder Artensteckbriefe.

3.2 Verbreitung im Untersuchungsraum

☒ nachgewiesen ☐ potenziell möglich

Kurzbeschreibung mit Quellenangaben, insbesondere zur:

- Bedeutung des Vorkommens (lokal, regional, landesweit, bundesweit, europaweit),
- Lage zum Vorhaben,
- Art des Habitats (z.B. Brut- oder Nahrungshabitat).

Von der Zauneidechse wurden neben Alttieren sowohl subadulte Tiere als auch „Schlüpflinge“ nachgewiesen, was eine erfolgreiche Reproduktion im Jahr 2019 und 2020 belegt. Maximal wurden bei einer Begehung 88 Zauneidechsen festgestellt, davon maximal 28 Alttiere/Subadulte und maximal 72 Schlüpflinge. Diese Werte können allerdings nicht als absolute „Bestandsgröße“ gesehen werden, die tatsächlichen Zahlen liegen erfahrungsgemäß deutlich höher. Auf Basis der vorhandenen Daten und Habitatstrukturen wird für das Zauneidechsen Vorkommen von einem großen Bestand in der Größenordnung von bis zu 500 Individuen, möglicherweise auch bis zu 750 Individuen ausgegangen. Die abgegrenzte Habitatfläche, bei der es sich schwerpunktmäßig um die noch offenen Randstrukturen des ehemaligen Trockenabbaus handelt, umfasst rd. 5 ha.

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

Im Fall eines nur potenziellen Vorkommens ist darzulegen,

- welche Gegebenheiten (insb. Biotopstrukturen) für die Möglichkeit des Vorkommens der Art sprechen und
- aus welchen Gründen der Nachweis des Vorkommens nicht geführt werden konnte (Worst-case-Analysen sind allerdings nur zulässig, wenn wissenschaftliche Erkenntnislücken vorhanden sind, die nicht behebbar sind) bzw. nicht geführt werden muss (z.B. wenn die Art durch die Vorhabenwirkungen nicht in verbotsrelevanter Weise betroffen werden kann oder wenn eine Ermittlung des Artvorkommens unverhältnismäßig wäre, was jedoch von der zuständigen Naturschutzbehörde festzustellen wäre).

3.3 Abgrenzung und Bewertung des Erhaltungszustandes der lokalen Population

Kurzbeschreibung der vom Vorhaben betroffenen lokalen Population einschließlich ihrer Abgrenzung; Begründung des Erhaltungszustandes (Zustand der Population, Habitatqualität, Beeinträchtigungen).

Siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags.

3.4 Kartografische Darstellung

Insbesondere kartografische Darstellung des Artvorkommens / der lokalen Population, der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten, essentiellen Teilhabitate sowie der Nahrungshabitate⁵.

Siehe Karte 4 im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

⁵ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

4. Prognose und Bewertung der Schädigung und / oder Störung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (bau-, anlage- und betriebsbedingt)

4.1 Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

a) Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört?

☒ ja ☐ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie der konkret betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten.

Fortpflanzungs-/Ruhestätten der Art sind im Umfang von ca. 5 ha betroffen.
Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

- b) **Werden Nahrungs- und/oder andere essentielle Teilhabitate so erheblich beschädigt oder zerstört, dass dadurch die Funktionsfähigkeit von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten vollständig entfällt?** ☐ ja ☐ nein
(vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 3. der Hinweise zu den zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)

Beschreibung der Auswirkungen des Vorhabens auf Nahrungshabitate und oder andere essentielle Teilhabitate sowie Einschätzung der Rückwirkungen auf die Fortpflanzungs- oder Ruhestätten.

trifft auf dieselben Flächen zu wie bei Punkt 4.1a und ist deshalb nicht trennbar
siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

- c) **Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten durch Störungen oder sonstige Vorhabenwirkungen so beeinträchtigt und damit beschädigt, dass diese nicht mehr nutzbar sind?** ☐ ja ☐ nein
(vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 2. der Hinweise zu den zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)

Beschreibung der Auswirkungen.

Mittelbare Störungen durch Immissionen (Lärm, Licht u.a.) sind nicht zu erwarten.

- d) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?** ☐ ja ☒ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen; ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- e) **Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?** ☒ ja ☐ nein
(vgl. BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)

Kurze Begründung, dass die Eingriffsregelung korrekt abgearbeitet worden ist, und Verweis auf die detaillierten Planunterlagen.

Die Vorgaben der Eingriffsregelung sind abgearbeitet worden. Über ein in Unterlage 1.1 dargestelltes Maßnahmenkonzept werden die Eingriffe in die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild kompensiert.

- f) **Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG)?** ☐ ja ☒ nein

Prüfung, ob im räumlichen Zusammenhang geeignete (und nicht bereits anderweitig besetzte) Ausweichmöglichkeiten für die betroffenen Individuen bestehen.

siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

- g) **Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG)?** ☐ ja ☒ nein

Beschreibung der Maßnahmen, die zum Funktionserhalt der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang vorgesehen sind, mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der ökologischen Wirkungsweise,
- dem räumlichen Zusammenhang,
- Beginn und Dauer der Maßnahmen (Umsetzungszeiträumen),

- der Prognose, wann die ökologische Funktion erreicht sein wird,
 - der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
 - der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
 - der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).
- Durch die vorgezogene Umsetzung der Maßnahmen 6 und 7 (s. Anlage IV) ist allenfalls ein partieller Funktionserhalt möglich. Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.
- h) **Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann: Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.**

Eine zeitliche Lücke im Funktionserhalt ist nach fachgutachterlicher Einschätzung nicht zu vermeiden.

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wird erfüllt:

☒ ja

☐ nein

4.2 Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

- a) **Werden Tiere gefangen, verletzt oder getötet?** ☒ ja ☐ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.

Eine betriebsbedingte Tötung von Individuen ist nicht zu vermeiden.

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

- b) **Kann das Vorhaben bzw. die Planung zu einer signifikanten Erhöhung des Verletzungs- oder Tötungsrisikos von Tieren führen?** ☐ ja ☐ nein

Darstellung des signifikant erhöhten Verletzungs- bzw. Tötungsrisikos.

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

Bei einem signifikant erhöhten Kollisionsrisiko sind Angaben zu:

- den artspezifischen Verhaltensweisen,
- der häufigen Frequentierung des Einflussbereichs des Vorhabens bzw. der Planung und/oder
- der Wirksamkeit vorgesehener Schutzmaßnahmen erforderlich.

Wenn nein: Begründung, warum keine signifikante Schädigung prognostiziert wird.

- c) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?** ☐ ja ☒ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen (z.B. Bauzeitenregelung, Maßnahmen für kollisionsgefährdete Tierarten); ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird erfüllt:

- ☒ ja
☐ nein

4.3 Erhebliche Störung (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

- a) **Werden Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich gestört?** ☐ ja ☒ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen (z.B. Lärm- oder Lichtimmissionen, Barriere- bzw. Trennwirkungen und/oder genetische Verinselung) auf die lokale Population sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.
Störungen mit Populationsrelevanz sind bei Zauneidechsen vorhabenbedingt nicht zu erwarten.
Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

- b) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?** ☐ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der (ggf. vorgezogen durchzuführenden) Vermeidungsmaßnahmen, Angaben zur Wirksamkeit (Zeitpunkt, Plausibilität, etc.) und ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG wird erfüllt:

- ☐ ja
☒ nein

4.4 Entnahme von wildlebenden Pflanzen oder ihren Entwicklungsformen, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Standorte (§ 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG)

- a) **Werden wild lebende Pflanzen entnommen oder ihre Standorte beschädigt oder zerstört?** ☐ ja ☐ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.

- b) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?** ☐ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen; ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- c) **Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?** ☐ ja ☐ nein
(vgl. BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)

Kurze Begründung, dass die Eingriffsregelung korrekt abgearbeitet worden ist, und Verweis auf die detaillierten Planunterlagen.

- d) **Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 2 BNatSchG)?** ☐ ja ☐ nein

Kurze Begründung.

- e) **Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 3 BNatSchG)?** ☐ ja ☐ nein

Beschreibung der Maßnahmen, die zum Funktionserhalt der Art bzw. ihrer Standorte vorgesehen werden können, mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der ökologischen Wirkungsweise,
- dem räumlichen Zusammenhang,
- Beginn und Dauer der Maßnahmen (Umsetzungszeiträumen),
- der Prognose, wann die ökologische Funktion erreicht sein wird,
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- f) **Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann: Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.**

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG wird erfüllt:

- ☐ ja
☒ nein

4.5 Kartografische Darstellung

Kartografische Darstellung der in 4.1 - 4.4 aufgeführten Konflikte sowie der vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung und / oder zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahmen)⁶.

⁶ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

5. Ausnahmeverfahren

Wird im Falle der Erfüllung eines oder mehrerer Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG (vgl. Ziffern 4.1, 4.2, 4.3 und/oder 4.4) die Erteilung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG beantragt?

- ☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.
☒ ja - weiter mit Punkt 5.1 ff.

5.1 Ausnahmegründe (§ 45 Abs. 7 Satz 1 BNatSchG)

- ☐ zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger erheblicher wirtschaftlicher Schäden (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG),
☐ zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG),

- ☐ für Zwecke der Forschung, Lehre, Bildung oder Wiederansiedlung oder diesen Zwecken dienende Maßnahmen der Aufzucht oder künstlichen Vermehrung (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 3 BNatSchG),
- ☐ im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG) oder
- ☒ aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 BNatSchG).

Zu den betreffenden Ausnahmegründen vgl. die ausführliche Begründung in den detaillierten Planunterlagen: siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags (s. Kap. 4.1).

5.2 Zumutbare Alternativen (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG)

Existieren anderweitig zumutbare Alternativen (z.B. Standort- oder Ausführungsalternativen), die in Bezug auf die Art schonender sind?

- ☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.
- ☒ nein - weiter mit Pkt. 5.3.

Bei ja: Textliche Kurzbeschreibung dieser Lösungen.

Bei nein: Textliche Kurzbeschreibung, welche Alternativen mit welchen Ergebnissen geprüft wurden.

siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags (s. Kap. 4.2)

Die untersuchten Alternativlösungen sind in den detaillierten Planunterlagen _____ dargestellt.

5.3 Prüfung der Verschlechterung des Erhaltungszustands der Populationen der Art (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG; bei FFH-Anhang IV Arten i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)

a) Erhaltungszustand vor der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?

Art	Lokal betroffene Population <i>(Kurze Beschreibung des Erhaltungszustands der lokalen Population (Interpretation und Einordnung der Angaben unter Pkt. 3.3.); Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet <i>(Beschreibung des Erhaltungszustands der Populationen auf der übergeordneten Ebene (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>
Zauneidechse	Der Erhaltungszustand der lokalen Population wird als „günstig“ eingeschätzt.	Der Erhaltungszustand der Art wird für die kontinentale Region als „ungünstig bis unzureichend“ und „sich verschlechternd“ eingestuft (BFN 2019).

b) Erhaltungszustand nach der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?

Art	Lokal betroffene Population <i>(Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet <i>(Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>

Zauneidechse	Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands kann durch die vorgezogen durchzuführenden Maßnahmen im Rahmen der erforderlichen artenschutzrechtlichen Ausnahme (FCS-Maßnahmen) vermieden werden (s. Ausführungen in Kap. 3.3.5 des Ausnahmeantrags).	Keine Verschlechterung bei vollständiger Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen
--------------	--	---

c) **Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Europäischen Vogelarten**

Liegt eine Verschlechterung des aktuellen (günstigen oder ungünstigen) Erhaltungszustands der Populationen einer europäischen Vogelart vor?

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

☐ **ja**

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der aktuelle Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen gewahrt werden?

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.**

☐ **ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

Darstellung der Maßnahmen zur Sicherung des aktuellen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der Wirkungsweise im Populationskontext,
- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgseintritts (Referenzen oder Quellen),
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

d) **Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Arten des Anhangs IV der FFH-RL (Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)**

aa) **Liegt eine Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustands der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL vor?**

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

☒ **ja**

Kurze Begründung: Die lokale Population der Art befindet sich nicht in günstigem Erhaltungszustand.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der günstige Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen erhalten werden?

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.**

☒ **ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

Darstellung der Maßnahmen zur Herstellung des günstigen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der Wirkungsweise im Populationskontext,
- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgseintritts (Referenzen oder Quellen),
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Einer Verschlechterung des lokalen Erhaltungszustands der Art kann durch die in Kap. 3.3.5 des Ausnahmeantrags dargestellten Maßnahmen verhindert werden.

bb) **Wird bei einem ungünstigen Erhaltungszustand der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL der Erhaltungszustand nicht weiter verschlechtert oder wird die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands der Populationen nicht behindert?**

☐ **ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.**

Kurze Begründung: Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

6. Fazit

6.1 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen Vermeidungs- und CEF- Maßnahmen werden die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BNatSchG

☐ nicht erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.

☒ erfüllt - weiter mit Pkt. 6.2.

6.2 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen FCS-Maßnahmen

☐ sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) nicht erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig.


☒ sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.

III. Formblatt Reptilien

2. Schlingnatter

Formblatt zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung von Arten des Anhangs IV der FFH-RL und von Europäischen Vogelarten nach §§ 44 und 45 BNatSchG (saP)

Stand: Mai 2012

 Zutreffendes bitte ausfüllen bzw. ankreuzen

Hinweise:

- Dieses Formblatt ersetzt nicht die erforderliche fachgutachterliche Prüfung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände und ggf. die Begründung der Ausnahmevoraussetzungen.
- Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung gilt nur für die Arten des Anhangs IV der FFH-RL, die Europäischen Vogelarten und die Verantwortungsarten. Die übrigen besonders geschützten Arten sind im Rahmen der Eingriffsregelung nach §§ 14 ff BNatSchG (vgl. § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG) bzw. in der Bauleitplanung nach § 18 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. BauGB abzuarbeiten.
- Mit diesem Formblatt wird das Vorhaben bzw. die Planung nur auf eine betroffene Art (bzw. Gilde bei Europäischen Vogelarten) geprüft. Sind mehrere europarechtlich geschützte Arten betroffen, sind jeweils gesonderte Formblätter vorzulegen. Eine Aussage, ob das Vorhaben bzw. die Planung insgesamt artenschutzrechtlich zulässig ist, kann nur im Rahmen der erforderlichen fachgutachterlichen Gesamtprüfung erfolgen.
- Auf die Ausfüllung einzelner Abschnitte des Formblatts kann verzichtet werden, wenn diese im konkreten Einzelfall nicht relevant sind (z. B. wenn eine Ausnahmeprüfung nach Ziffer 5 nicht erforderlich ist).

1. Vorhaben bzw. Planung

Kurze Vorhabens- bzw. Planungsbeschreibung.

Im Bereich des Stadtwaldes Radolfzell bestehen große nutzbare Rohstoffvorkommen von sehr guter Qualität. Diese werden seit Jahrzehnten abgebaut. Im Jahr 2009 wurde mit dem Nassabbau des Kieselsteines begonnen, um auch den grundwassererfüllten Kiesrohstoff möglichst optimal zu nutzen und dadurch gleichzeitig den Flächenbedarf für den Abbau zu reduzieren. Da die Kiese im bisher genehmigten Abbaugelände der Phase I weitgehend abgebaut sind, plant die Firma Meichle + Mohr GmbH den Nassabbau in der Phase II nach Nordwesten fortzusetzen, wo weitere Kiese in sehr guter Qualität und großer Mächtigkeit lagern. Auf dem überwiegenden Teil dieser Fläche wurde der Kieselstein bereits im Trockenabbau bis auf eine Geländehöhe von im Mittel 420 bis 421 m ü. NN abgebaut.

Die Planung für die Abbauerweiterung (Abbauphase II) wird aus dem Gesamtkonzept zum Nassabbau im Radolfzeller Stadtwald aus dem Jahre 2009 weiterentwickelt.

Die Größe des Vorhabengebietes der Phase II beträgt rd. 23,7 ha.

Für die saP relevante Planunterlagen:

- Bräunicke, M. (2023): Radolfzell Stadtwald –Erweiterung Nassabbau Phase II; Fauna – Bestand, Bewertung und Artenschutz. Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung GmbH, Filderstadt; s. Unterlage 5.

2. Schutz- und Gefährdungsstatus der betroffenen Art¹

☒ Art des Anhangs IV der FFH-RL

☐ Europäische Vogelart²

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Rote Liste Status in Deutschland	Rote Liste Status in BaWü
Schlingnatter	<i>Coronella austriaca</i>	<input type="checkbox"/> 0 (erloschen oder verschollen) <input type="checkbox"/> 1 (vom Erlöschen bedroht) <input type="checkbox"/> 2 (stark gefährdet) <input checked="" type="checkbox"/> 3 (gefährdet) <input type="checkbox"/> R (Art geografischer Restriktion) <input type="checkbox"/> V (Vorwarnliste)	<input type="checkbox"/> 0 (erloschen oder verschollen) <input type="checkbox"/> 1 (vom Erlöschen bedroht) <input type="checkbox"/> 2 (stark gefährdet) <input checked="" type="checkbox"/> 3 (gefährdet) <input type="checkbox"/> R (Art geografischer Restriktion) <input type="checkbox"/> V (Vorwarnliste)

¹ Es sind nur die Arten des Anhangs IV der FFH-RL und die Europäischen Vogelarten darzustellen, weil der Erlass einer Rechtsverordnung für die Verantwortungsarten gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG gegenwärtig noch aussteht.

² Einzeln zu behandeln sind nur die Vogelarten der Roten Listen. Die übrigen Vogelarten können zu Gilden zusammengefasst werden.

3. Charakterisierung der betroffenen Tierart³

3.1 Lebensraumsansprüche und Verhaltensweisen

Textliche Kurzbeschreibung mit Quellenangaben⁴.

Insbesondere:

- Angaben zur Art und zum Flächenanspruch bezüglich der Fortpflanzungs- und Ruhestätten (z. B. Angaben zur Reviergröße, Nistplatztreue), essentiellen Teilhabitate und Nahrungshabitate und deren räumliche Abgrenzung.
- Artspezifische Empfindlichkeit gegenüber bau-, anlage- und betriebsbedingten Störwirkungen des Vorhabens.
- Dauer der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten und Charakter der in diesen Phasen beanspruchten Gebiete / Flächen.

siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

³ Angaben bei Pflanzen entsprechend anpassen.

⁴ Zum Beispiel: Grundlagenwerke BaWü, Zielartenkonzept BaWü (ZAK) oder Artensteckbriefe.

3.2 Verbreitung im Untersuchungsraum

☒ nachgewiesen ☐ potenziell möglich

Kurzbeschreibung mit Quellenangaben, insbesondere zur:

- *Bedeutung des Vorkommens (lokal, regional, landesweit, bundesweit, europaweit),*
- *Lage zum Vorhaben,*
- *Art des Habitats (z.B. Brut- oder Nahrungshabitat).*

Von der Schlingnatter wurde ein adultes Individuum am Nordostrand des Teilgebiets A (s. Abb. 1 im Fachbeitrag zum Artenschutz in Unterlage 5) nachgewiesen.

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

Im Fall eines nur potenziellen Vorkommens ist darzulegen,

- *welche Gegebenheiten (insb. Biotopstrukturen) für die Möglichkeit des Vorkommens der Art sprechen und*
- *aus welchen Gründen der Nachweis des Vorkommens nicht geführt werden konnte (Worst-case-Analysen sind allerdings nur zulässig, wenn wissenschaftliche Erkenntnislücken vorhanden sind, die nicht behebbar sind) bzw. nicht geführt werden muss (z.B. wenn die Art durch die Vorhabenwirkungen nicht in verbotsrelevanter Weise betroffen werden kann oder wenn eine Ermittlung des Artvorkommens unverhältnismäßig wäre, was jedoch von der zuständigen Naturschutzbehörde festzustellen wäre).*

3.3 Abgrenzung und Bewertung des Erhaltungszustandes der lokalen Population

Kurzbeschreibung der vom Vorhaben betroffenen lokalen Population einschließlich ihrer Abgrenzung; Begründung des Erhaltungszustandes (Zustand der Population, Habitatqualität, Beeinträchtigungen).

Siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags.

3.4 Kartografische Darstellung

Insbesondere kartografische Darstellung des Artvorkommens / der lokalen Population, der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten, essentiellen Teilhabitate sowie der Nahrungshabitate⁵.

Siehe Karte 4 im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

⁵ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

4. Prognose und Bewertung der Schädigung und / oder Störung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (bau-, anlage- und betriebsbedingt)

4.1 Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

a) **Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört?**

☒ ja ☐ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie der konkret betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten.

Fortpflanzungs-/Ruhestätten der Art sind im Umfang von ca. 5 ha betroffen.

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

- b) **Werden Nahrungs- und/oder andere essentielle Teilhabitate so erheblich beschädigt oder zerstört, dass dadurch die Funktionsfähigkeit von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten vollständig entfällt?** ☐ ja ☐ nein

(vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 3. der Hinweise zu den zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)

Beschreibung der Auswirkungen des Vorhabens auf Nahrungshabitate und oder andere essentielle Teilhabitate sowie Einschätzung der Rückwirkungen auf die Fortpflanzungs- oder Ruhestätten.

trifft auf dieselben Flächen zu wie bei Punkt 4.1a) und ist deshalb nicht trennbar siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

- c) **Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten durch Störungen oder sonstige Vorhabenwirkungen so beeinträchtigt und damit beschädigt, dass diese nicht mehr nutzbar sind?** ☐ ja ☐ nein

(vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 2. der Hinweise zu den zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)

Beschreibung der Auswirkungen.

Mittelbare Störungen durch Immissionen (Lärm, Licht u.a.) sind nicht zu erwarten.

- d) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?** ☐ ja ☒ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen; ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- e) **Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?** ☒ ja ☐ nein

(vgl. BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)

Kurze Begründung, dass die Eingriffsregelung korrekt abgearbeitet worden ist, und Verweis auf die detaillierten Planunterlagen.

Die Vorgaben der Eingriffsregelung sind abgearbeitet worden. Über ein in Unterlage 1.1 dargestelltes Maßnahmenkonzept werden die Eingriffe in die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild kompensiert.

- f) **Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG)?** ☐ ja ☒ nein

Prüfung, ob im räumlichen Zusammenhang geeignete (und nicht bereits anderweitig besetzte) Ausweichmöglichkeiten für die betroffenen Individuen bestehen.

siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5

- g) **Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG)?** ☐ ja ☒ nein

Beschreibung der Maßnahmen, die zum Funktionserhalt der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang vorgesehen sind, mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der ökologischen Wirkungsweise,
- dem räumlichen Zusammenhang,
- Beginn und Dauer der Maßnahmen (Umsetzungszeitrahmen),
- der Prognose, wann die ökologische Funktion erreicht sein wird,
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement

- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Mit den folgenden Maßnahmen kann die ökologische Funktion allenfalls partiell gewährleistet werden:

- Nach Fällen und Roden der Waldfläche am Westrand der Vorhabenfläche Vorgehen wie beim Offenlandkomplex (in Phase III), d.h. Abschieben eines mindestens 10 m breiten Streifens bis auf den Kieskörper und die Fläche anschließend der Sukzession überlassen (Maßnahme 6A_{CEF}; Anlage IV)
- Nagelfluh-Haufen südwestlich des Werksgeländes: Durchforstung im Nahbereich der Ablagerungen (v.a. auf deren Südseite) zur Verbesserung der Besonnung; keine Rodung, jedoch Abtransport des anfallenden Materials (Maßnahme 16A_{CEF}; Anlage IV)

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

h) Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann: Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.

Eine zeitliche Lücke im Funktionserhalt ist nach fachgutachterlicher Einschätzung nicht zu vermeiden.

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wird erfüllt:

- ☒ ja
☐ nein

4.2 Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

- a) Werden Tiere gefangen, verletzt oder getötet? ☒ ja ☐ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.

Eine betriebsbedingte Tötung von Individuen ist nicht zu vermeiden.
Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

- b) Kann das Vorhaben bzw. die Planung zu einer signifikanten Erhöhung des Verletzungs- oder Tötungsrisikos von Tieren führen? ☐ ja ☐ nein

Darstellung des signifikant erhöhten Verletzungs- bzw. Tötungsrisikos.

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

Bei einem signifikant erhöhten Kollisionsrisiko sind Angaben zu:

- den artspezifischen Verhaltensweisen,
- der häufigen Frequentierung des Einflussbereichs des Vorhabens bzw. der Planung und/oder
- der Wirksamkeit vorgesehener Schutzmaßnahmen erforderlich.

Wenn nein: Begründung, warum keine signifikante Schädigung prognostiziert wird.

- c) Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich? ☐ ja ☒ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen (z.B. Bauzeitenregelung, Maßnahmen für kollisionsgefährdete Tierarten); ggf. Angabe der verbleibenden

Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird erfüllt:

☒ ja

☐ nein

4.3 Erhebliche Störung (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

- a) **Werden Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich gestört?**

☐ ja ☒ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen (z.B. Lärm- oder Lichtimmissionen, Barriere- bzw. Trennwirkungen und/oder genetische Verinselung) auf die lokale Population sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.

Störungen mit Populationsrelevanz sind für die Schlingnatter vorhabenbedingt nicht zu erwarten.

Siehe auch Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags sowie im Fachbeitrag zum Artenschutz (Bräunicke 2023) in Unterlage 5.

- b) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der (ggf. vorgezogen durchzuführenden) Vermeidungsmaßnahmen, Angaben zur Wirksamkeit (Zeitpunkt, Plausibilität, etc.) und ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG wird erfüllt:

☐ ja

☒ nein

4.4 Entnahme von wildlebenden Pflanzen oder ihren Entwicklungsformen, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Standorte (§ 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG)

- a) **Werden wild lebende Pflanzen entnommen oder ihre Standorte beschädigt oder zerstört?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.

- b) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen; ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- c) **Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?** ☐ ja ☐ nein
(vgl. BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)

Kurze Begründung, dass die Eingriffsregelung korrekt abgearbeitet worden ist, und Verweis auf die detaillierten Planunterlagen.

- d) **Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 2 BNatSchG)?** ☐ ja ☐ nein

Kurze Begründung.

- e) **Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 3 BNatSchG)?** ☐ ja ☐ nein

Beschreibung der Maßnahmen, die zum Funktionserhalt der Art bzw. ihrer Standorte vorgesehen werden können, mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der ökologischen Wirkungsweise,
- dem räumlichen Zusammenhang,
- Beginn und Dauer der Maßnahmen (Umsetzungszeitrahmen),
- der Prognose, wann die ökologische Funktion erreicht sein wird,
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- f) **Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann: Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.**

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG wird erfüllt:

- ☐ ja
☐ nein

4.5 Kartografische Darstellung

Kartografische Darstellung der in 4.1 - 4.4 aufgeführten Konflikte sowie der vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung und / oder zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahmen)⁶.

⁶ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

5. Ausnahmeverfahren

Wird im Falle der Erfüllung eines oder mehrerer Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG (vgl. Ziffern 4.1, 4.2, 4.3 und/oder 4.4) die Erteilung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG beantragt?

- ☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.
☒ ja - weiter mit Punkt 5.1 ff.

5.1 Ausnahmegründe (§ 45 Abs. 7 Satz 1 BNatSchG)

- ☐ zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger erheblicher wirtschaftlicher Schäden (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG),
- ☐ zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG),
- ☐ für Zwecke der Forschung, Lehre, Bildung oder Wiederansiedlung oder diesen Zwecken dienende Maßnahmen der Aufzucht oder künstlichen Vermehrung (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 3 BNatSchG),
- ☐ im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG) oder
- ☒ aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 BNatSchG).

Zu den betreffenden Ausnahmegründen vgl. die ausführliche Begründung in den detaillierten Planunterlagen: siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags (s. Kap. 4.1).

5.2 Zumutbare Alternativen (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG)

Existieren anderweitig zumutbare Alternativen (z.B. Standort- oder Ausführungsalternativen), die in Bezug auf die Art schonender sind?

- ☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.
- ☒ nein - weiter mit Pkt. 5.3.

Bei ja: Textliche Kurzbeschreibung dieser Lösungen.

Bei nein: Textliche Kurzbeschreibung, welche Alternativen mit welchen Ergebnissen geprüft wurden.

siehe Ausführungen im Textteil des Ausnahmeantrags (s. Kap. 4.2)

Die untersuchten Alternativlösungen sind in den detaillierten Planunterlagen _____ dargestellt.

5.3 Prüfung der Verschlechterung des Erhaltungszustands der Populationen der Art (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG; bei FFH-Anhang IV Arten i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)

a) **Erhaltungszustand vor der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?**

Art	Lokal betroffene Population <i>(Kurze Beschreibung des Erhaltungszustands der lokalen Population (Interpretation und Einordnung der Angaben unter Pkt. 3.3.); Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet <i>(Beschreibung des Erhaltungszustands der Populationen auf der übergeordneten Ebene (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>
Schlingnatter	Der Erhaltungszustand der lokalen Population wird als „ungünstig bis unzureichend“ eingeschätzt.	Der Erhaltungszustand der Art wird für die kontinentale Region als „ungünstig bis unzureichend“ eingestuft (BFN 2019).

b) **Erhaltungszustand nach der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?**

Art	Lokal betroffene Population (Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet (Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)
Schlingnatter	Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der Populationen kann durch die vorgezogen durchzuführenden Maßnahmen im Rahmen der erforderlichen artenschutzrechtlichen Ausnahme (FCS-Maßnahmen) vermieden werden (s. Ausführungen in Kap. 3.3.5 des Ausnahmeantrags).	Keine Verschlechterung bei vollständiger Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen

c) **Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Europäischen Vogelarten**

Liegt eine Verschlechterung des aktuellen (günstigen oder ungünstigen) Erhaltungszustands der Populationen einer europäischen Vogelart vor?

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ ja

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der aktuelle Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen gewahrt werden?

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

Darstellung der Maßnahmen zur Sicherung des aktuellen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der Wirkungsweise im Populationskontext,
- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgseintritts (Referenzen oder Quellen),
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

d) **Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Arten des Anhangs IV der FFH-RL (Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)**

aa) **Liegt eine Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustands der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL vor?**

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ ja

Kurze Begründung: Art befindet sich nicht in günstigem Erhaltungszustand.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der günstige Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen erhalten werden?

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.**

☐ **ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

Darstellung der Maßnahmen zur Herstellung des günstigen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der Wirkungsweise im Populationskontext,
- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgeintritts (Referenzen oder Quellen),
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Kurze Begründung: Einer Verschlechterung des lokalen Erhaltungszustands der Art kann durch die in Kap. 3.3.5 des Ausnahmeantrags dargestellten Maßnahmen entgegengewirkt werden.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

bb) Wird bei einem ungünstigen Erhaltungszustand der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL der Erhaltungszustand nicht weiter verschlechtert oder wird die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands der Populationen nicht behindert?

☒ **ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.**

Kurze Begründung: Einer Verschlechterung des lokalen Erhaltungszustands der Art kann durch die in Kap. 3.3.5 des Ausnahmeantrags dargestellten Maßnahmen entgegengewirkt werden.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

6. Fazit

6.1 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen Vermeidungs- und CEF- Maßnahmen werden die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BNatSchG

☐ **nicht erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.**

☒ **erfüllt - weiter mit Pkt. 6.2.**

6.2 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen FCS-Maßnahmen

☐ **sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) nicht erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig.**

☒ **sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.**

IV. Artenschutzrechtliche Maßnahmen

